

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 69, Kottbuscherdamm 231.

Inserate

pro vierstellige Zeile 30 Pf., Stellengebühr 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Verbandsangehörigen 10 Pf., Privatangehörigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 26.

Berlin, den 26. Juni 1909.

25. Jahrgang.

Nur der ist organisiert, der für die Organisation arbeitet!

Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt sind den Gau- und Zahlstellenbevollmächtigten in der abgelaufenen Woche als Drucksache zugesandt. Wir ersuchen die Bevollmächtigten das zu beachten und eine Karte von uns zu verlangen, wenn die Sendung etwa irgendwo nicht eingetroffen ist. Die Karten sind in den ersten Tagen des Monats Juli, unter Beachtung der im „Handbuch“ auf Seite 216 bis 228 gegebenen Anweisungen auszufüllen und spätestens am 4. Juli an uns abzusenden.

Wir bitten die Bevollmächtigten darauf achten zu wollen, daß die Berichtskarten rechtzeitig und ordnungsgemäß ausgefüllt an uns zurück gelangen.

2. Um es den mit der Kassenführung betrauten Funktionären zu ermöglichen, pünktlich mit Quartalschluß die Abrechnung an die Verbandskasse einzuliefern, ergeht an alle diejenigen Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, das dringende Ersuchen, bis spätestens Sonnabend, den 3. Juli, ihre restierenden Beiträge zu begleichen.

Mitglieder, die mit ihren Beiträgen länger wie vier Wochen im Rückstande sind, haben keinen Anspruch auf irgendwelche Unterstützung seitens des Verbandes. Die Unterstützungsberechtigung kann auch durch Nachzahlung der Beiträge nicht erworben werden.

Die Bevollmächtigten sind gehalten, solche Mitglieder, die über die statutarische zulässige Zeit hinaus restieren, aus dem Verzeichnis der Mitglieder zu streichen, d. h. auszuschließen. Mit dem Ausschluß erlöschen alle Rechte.

Der Vorstand.

Die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft im Jahre 1908.

Früher wurde bereits einmal darauf hingewiesen, daß die Papierindustrie, vor allem unser engerer Beruf, eine eigentümliche Stellung in den Veröffentlichungen amtlicher und nichtamtlicher Natur einnehme, da man die Buchbinderei und deren verwandte Berufe in bezüglichen Pressezeugnissen so wenig wie nur irgendmöglich vorfinde. Das gilt auch heute noch, und erst in unserer letzten Nummer wurde ja anlässlich der Besprechung der Berichte der preussischen und der bayerischen Fabrikinspektoren darauf aufmerksam gemacht. Eine Ausnahme von dieser Regel sollte der Bericht der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft machen, da diese ja eigentlich unser gesamtes Gewerbe in seinen Hauptteilen umfaßt. Aber auch in diesem Bericht findet sich nicht das, was man in ihm erwartet: Er bringt nur Angaben, die alle Betriebe umfassen, die der Aufsicht der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft unterstellt sind. Es findet sich — abgesehen von der Aufzeichnung der Art der Unfälle, die wir gesondert

behandeln — keinerlei Nachweis, welchen Anteil die Buchbinderei und deren verwandte Berufe an dem angeführten Zahlenmaterial hat. Wir wissen nur aus dem Gehaltentarif der Berufsgenossenschaft, daß folgende in unser Gewerbe einschlagende Branchen beteiligt sind: Papierausstattungs- und Briefumschlagfabriken, Linieranstalten, Tapetenfabriken, Luxuspapierfabriken und Bunt-, Chromo-, Karton-, Lichtpaus-, Oelpapier- usw. Fabriken, Kartonnagenfabriken, Etuis- und Musterkartenfabriken, Papierwaren- und Galanteriefabriken, Einrahmanstalten, Perforieranstalten, Papierstud- und Papiermachewarenfabriken, Buchbindereien, Album- und Schreibmappenfabriken, Lütenklebereien, Geschäftsbücherfabriken, Prägereien, Pressereien, Monogrammprägereien, Gaufrireranstalten, Gummir- und Lackieranstalten, Fabriken chemisch präparierter Papiere, Nachieranstalten usw.

Die Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft hat auch im Jahre 1908 eine weitere Ausdehnung erfahren insofern, als die Anzahl der ihr unterstellten Betriebe von 3803 um 168 auf 3971 gestiegen ist. Demgegenüber ist die Zahl der beschäftigten Personen um 112, von 131 360 auf 131 248 gefallen. Die Zahl der Betriebe ist seit dem Jahre 1888 — seitdem die Berufsgenossenschaft besteht — ständig gestiegen, und zwar in einer Weise, die wie selten etwas die industrielle Entwicklung Deutschlands anzeigt. Einen ähnlichen Entwicklungsprozeß hat natürlich auch die Zahl der versicherten Personen durchgemacht, die in dem genannten Zeitraum von 51 630 auf 131 248 gestiegen ist. Nachstehende Tabelle gibt das Bild der Entwicklung wieder.

	Zahl der		
	Betriebe	Versicherten	
	(obligatorisch versichert)	(fakultativ versichert)	
	Arbeiter u. Beamte	Betriebsbeamte u. -Inhaber	
1888	1 677	51 534	96
1889	1 804	55 780	102
1890	1 968	58 366	128
1891	2 072	60 551	117
1892	2 172	63 497	135
1893	2 237	63 931	193
1894	2 438	72 798	264
1895	2 620	74 317	280
1896	2 680	77 192	356
1897	2 634	79 634	314
1898	2 708	82 599	387
1899	2 775	91 066	428
1900	2 938	96 386	483
1901	3 050	99 433	249
1902	3 137	101 157	233
1903	3 272	106 429	250
1904	3 345	112 543	240
1905	3 435	116 737	223
1906	3 579	122 212	221
1907	3 803	131 119	241
1908	3 971	130 997	251

In gleichem Maße ist der Jahresdurchschnittslohn der Versicherten gestiegen. Dieser betrug im Jahre 1888 615,19 Mk., im Jahre 1898 775,51 und im letzten Jahre 1908 923,43 Mk. Er stieg im letzten Jahre um 9,62 Mk. Irigendwelche Rückschlüsse lassen auch diese Zahlen nicht zu, da keinerlei Nachweis vorliegt, in welchem Umfang das weib-

liche Element dabei beteiligt ist. Außerdem sind darin enthalten die Gehälter einer großen Zahl von Betriebsinhabern, Beamten usw., die alle ein weit höheres Einkommen haben als wie der Arbeiter. Der Durchschnittslohn der letzteren ist darum also noch weit niedriger. Beachtenswert ist, daß die anrechnungsfähigen Jahresarbeitslöhne um 1 160 352,77 Mk. gestiegen sind, trotz des Rückganges der Zahl der Versicherten. Der Jahresdurchschnittslohn ist in den einzelnen Sektionen verschieden. Er schwankt zwischen 698,70 Mk. in Sektion II (Breslau) und 1028,28 Mk. in Sektion I (Berlin). Nachfolgende Tabelle orientiert über die Anzahl der in den einzelnen Sektionen vorhandenen Betriebe, versicherten Personen und den auf den Kopf derselben entfallenden Jahresdurchschnittslohnes.

Sektion	Betriebe	Personen	Durchschnittslohn Mk.
I (Berlin)	742	26 366	1 028,28
II (Breslau)	211	8 405	698,70
III (Leipzig)	314	31 352	923,60
IV (Hannover)	458	13 473	898,76
V (Kassel)	346	9 055	787,22
VI (Erfurt)	632	17 024	983,30
VII (Zürich u. B.)	267	7 945	904,60
VIII (Nürnberg)	501	17 028	910,85
1908:	3 971	131 284	923,48

Im Jahre 1908 ereigneten sich nach dem Bericht 3690 Unfälle. Gegen das Vorjahr ist die Zahl derselben um etwas (109) zurückgegangen. Von diesen wurden 552 als entschädigungspflichtig anerkannt. Da im Jahre vorher bei mehr tatsächlichen Unfällen die Zahl der entschädigten um 52 geringer war, so ist damit erwiesen, daß die Schwere der Unfälle ganz bedeutend zugenommen hat. Das zeigt auch die Anzahl der Todesfälle, die im Vorjahre 13, in diesem aber 40 betrug. Unter denen befinden sich 22, die erst im vergangenen Jahre entschädigungspflichtig wurden, die sich aber bereits 1907 infolge des Brandes einer Celluloidwarenfabrik ereigneten. Unter den 40 Getöteten befinden sich nicht weniger denn 13 Jugendliche (6 weibliche, 7 männliche). Auf je 1000 versicherte Personen entfielen 28,1 Unfälle (im Vorjahre 28,9), davon hatten 14,3 ihre Ursache in diversen Maschinen.

Der technische Aufsichtsbeamte der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft besichtigte im Berichtsjahr von den 3971 vorhandenen Betrieben 200 mit 6297 Arbeiter. In diesen 200 Betrieben machten sich 1922 verschiedene Anordnungen notwendig. Auf die Buchbinderei entfielen 26 besichtigte Betriebe mit 757 Arbeitern. 216 Anordnungen waren erforderlich, oder pro Betrieb 8,3 (im Durchschnitt aller besichtigten Betriebe 9,6). Kartonnagenfabriken wurden 47 mit 1082 Arbeitern besichtigt. Anordnungen machten sich notwendig 463, oder pro Betrieb 9,9. Buntpapierfabriken wurden 5 besichtigt (122 Arbeiter), Papierwarenfabriken 34 (2086 Arbeiter), Spitzenpapierfabriken 6 (104 Arbeiter), Spielwarenfabriken 25 (450 Arbeiter), Papierhülsenfabriken 1 (14 Arbeiter). Nur 3 Betriebe von den

Einzeln kleine Zahlstellen.

Zahlstellen	Mitglieder laut Abrechnung 1. Quart. 09	Gesamtsumme der Extrasteuer M.	Pro einzelnes Mitglied M.
Altenburg	42	43,—	1,02
Göhring	37	33,60	0,91
Freiburg	35	24,—	0,70
Braunschweig	55	31,90	0,58
Eingelmitgl. Gau 5	110	53,90	0,49
Magdeburg	255	78,—	0,30

Freilich sind gerade unter den kleineren Zahlstellen eine sehr große Anzahl, welche keinen oder einen nur verhältnismäßig geringen Betrag entrichtet haben.

Meine Absicht ist nun, allen Zahlstellen zu empfehlen, zur obligatorischen Einführung einer Extrasteuer von wöchentlich 5 Pf. für die 1. und 2. Klasse und 10 Pf. für die 3. und 4. Klasse zu schreiben, nachdem sich Verbandsvorstand und Ausschuss leider hierzu nicht entschließen konnten. Nach Gründen für diese Maßnahme braucht man nicht lange zu suchen. Die uns in Aussicht stehenden Lohnkämpfe, ferner die Tatsache, daß unsere Unternehmer jede, auch die bescheidenste Forderung der Kollegen allerorts mit den schärfsten Maßnahmen begegnen, läßt es uns ratfam erscheinen, für eine gut fundierte Verbandskasse zu sorgen. Dazu kommt noch, daß der letzte Verbandstag in bezug auf Unterstützungsanordnungen im Verhältnis zu den festgesetzten Beiträgen des Guten etwas zuviel getan haben dürfte. Schon allein die Summen, die wir für Krankenunterstützung jährlich auszugeben gezwungen sind, stellen den im nächsten Jahre stattfindenden Verbandstag vor die Notwendigkeit, die Beiträge mindestens in der von mir vorgeschlagenen Weise zu erhöhen. Dabei ist die Einführung der Invalidenunterstützung, die dem kommenden Verbandstag von seinem Vorgänger als vornehmste Aufgabe überwiesen wurde, noch gar nicht ins Auge gefaßt. Wollen deshalb jetzt schon sämtliche Zahlstellen den Beispielen der Tarifstädte folgen und durch Einführung einer obligatorischen Extrasteuer bezeugen, daß sie die Organisation zu stärken gewillt sind zu ihrem eigenen Nutzen und Frommen und auch dem nächsten Verbandstag ist dann ein gut Stück Arbeit vorgeleistet. Sollten vorstehende Zeilen Veranlassung sein, dieser Frage näher zu treten, bei gewissenhafter Prüfung und etwas gutem Willen können sie allerorts nur Zustimmung finden.

Stuttgart. Hans Dürr.

(Mit der Tendenz der vorstehenden Ausführungen kann man einverstanden sein, nicht aber mit der Art der vom Kollegen Dürr aufgestellten Berechnungen. Es gilt bei diesen mehr zu untersuchen, als nur die örtlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. So spielt vor allem das Verhältnis zwischen der Anzahl der männlichen und der der weiblichen Mitglieder keine kleine Rolle. Außerdem läßt Kollege Dürr die Abrechnung vom

revidierten 200 machten keine Anordnungen erforderlich. Unter den 200 Betrieben sind 71 zum wiederholten Male besichtigt worden und zwar 39 zum zweiten, 23 zum dritten, 8 zum vierten und einer zum siebenten Male. Bei diesen 71 wiederbesichtigten Betrieben hatten sich bei der vorhergehenden Besichtigung 600 verschiedene Mängel herausgestellt, bei der Wiederbesichtigung dagegen gar 832. Nur zwei Betriebe hatten den Anordnungen des Aufsichtsbeamten Folge geleistet und die beanstandeten Mängel abgestellt. 20 Betriebe zeigten bei der Vorbesichtigung 229, bei der Wiederbesichtigung dagegen noch immer 149 Mängel auf. In fünf Betrieben blieb sich die Zahl der Mängel mit je 43 gleich und in 44 Betrieben erhöhte sich diese sogar von 322 auf 640. Einen besseren Beweis der Nichtachtung der Arbeiterlebens und der Arbeitergesundheit kann wohl kaum gegeben werden. (Auf nähere Einzelheiten soll bei der besonderen Besprechung der Unfälle eingegangen werden.)

In 346 Fällen von 1931 überhaupt erlassenen Bescheiden wurde Berufung eingelegt, und zwar wurden zugunsten der Berufsgenossenschaft in 177 und zugunsten der Verletzten in 106 Fällen entschieden. Durch Vergleich wurden 5 Fälle erledigt und auf sonstige Weise (Zurücknahme usw.) 16 Fälle. Unerledigt blieben 42 Fälle. Gegen die Entscheidung wurde in 107 Fällen Rekurs eingelegt, und zwar in 33 Fällen von der Berufsgenossenschaft, in 72 Fällen vom Verletzten und in 2 Fällen von beiden Parteien. Erkannt wurde zugunsten der Genossenschaft in 50 Fällen, zugunsten der Verletzten in 16 Fällen, an die Vorinstanz zurückgewiesen wurden 2, und unerledigt, d. h. in das Berichtsjahr 1909 hinübergenommen 39 Fälle.

Die Gesamtsumme der im Jahre 1908 zur Auszahlung gekommenen Entschädigungen an Verletzte usw. beträgt 538 859,02 M. Davon entfallen auf die im Berichtsjahre entschädigungspflichtig gewordenen Unfälle 77 241,45 M. Die übrige Summe verteilt sich auf die Vorjahre bis zurück auf 1885/86. Die Kosten der Fürsorge der Verletzten innerhalb der geschlichen Wartezeit betragen 15 104,73 M. Für Unfalluntersuchung und Entschädigungsfeststellung wurden 17 956,98 M., für Unfallverhütung 8593,26 M. ausgegeben. Die Rechtsangskosten beliefen sich auf 10 919,19 M. Im Durchschnitt wurde pro Kopf der Versicherten an Unfallentschädigungen 4,11 M. gezahlt gegen 3,88 M. im Vorjahre, 3,86 M. im Jahre 1906, 3,76 M. im Jahre 1905 und 3,52 M. im Jahre 1904. Die Zunahme der schwereren Unfälle hat die Entschädigungssumme wesentlich erhöht.

Der Unfallschutz ist nach wie vor ein absolut ungenügender. Das zeigt in erster Linie die Zunahme der schweren Unfälle, sodann auch die geflüchtete Nichtbeachtung der seitens der tech-

nischen Aufsichtsbeamten geforderten Maßnahmen zur Milderung der Unfallgefahren. Der typische Unternehmer denkt gar nicht daran, wirklich ernsthaften Unfallschutz zu pflegen. Für ihn ist das maßgebend, was ihm sein Profit zu tun gebietet: Nicht weiteren Arbeiterschutz, sondern durch keinerlei Vorschriften beschwerte Ausbeutung der Arbeitskräfte der Arbeiter. Und darum hält er es lieber mit denen, die da vor neun Jahren die Unfallverhütungsvorschriften als nichts anderes denn Dekoration erklärten, bestimmt, die Welt zu betrügen.

Zur Extrasteuer.

Durch die in Nr. 24 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichte Abrechnung für das 1. Quartal 1909 ist es möglich, einen genaueren Einblick zu nehmen, in welcher Weise der ausgeschriebenen freiwilligen Extrasteuer nachgekommen wird. Zur genaueren Orientierung der Mitglieder sollen in einer Tabelle die Zahlstellen mit über 500 Mitglieder veranschaulicht werden, um zu zeigen, welcher Betrag im Durchschnitt auf das einzelne Mitglied entfällt. Ich nehme deshalb die größeren Zahlstellen voraus, weil anzunehmen ist, daß durch bessere Organisationsverhältnisse die Löhne so beeinflusst sein sollten, daß die Extrasteuer hier auch in größerem Maße geleistet werden kann. Eine weitere Tabelle zeigt mehrere kleinere Zahlstellen, welche recht erfreuliche Resultate im Gegensatz zu manchen großen Mitgliedschaften aufweisen:

Zahlstellen mit über 500 Mitglieder.

Zahlstellen	Mitglieder laut Abrechnung 1. Quart. 09	Gesamtsumme der Extrasteuer M.	Pro einzelnes Mitglied M.
Leipzig	8547	2716,05	0,77
Berlin	6143	4530,—	0,74
Stuttgart	1186	533,90	0,72
Hannover	720	417,80	0,62
München	968	451,40	0,47
Hamburg-Altona	842	182,60	0,22
Dresden	1261	175,70	0,14
Nürnberg-Fürth	550	64,80	0,12
Pforzheim	500	15,20	0,03

Können die Resultate von Berlin, Leipzig, Stuttgart, Hannover und auch noch von München erfreuliche genannt werden, so lassen die von Hamburg-Altona, Dresden, Nürnberg-Fürth und Pforzheim recht sehr zu wünschen übrig. Insbesondere Hamburg-Altona sollte mindestens den Tarifstädten gleichstellen. Auch in Dresden, Nürnberg-Fürth und Pforzheim sollte ein besserer Durchschnitt vorhanden sein, wenn auch hier die zurückstehenden Löhne einer großen Anzahl Mitglieder vieles entschuldigen.

Sehr günstig sind die Resultate in manchen kleinen Zahlstellen, insbesondere in Altenburg und Göhring, die mit 1,02 M. resp. 0,91 M. an der Spitze sämtlicher Zahlstellen stehen.

ihrer Gegenwart mußte er es in dem Versteck auf dem Boden bergen und fest vernageln. Erst dann beruhigte sie sich, als sie zu der alten Dame, bei der sie diente, zurückkehrte, wurde diese krank, und Kascha kam zwei Jahre lang nicht mehr nach Hause.

Und nun war sie wieder hier und wußte, daß Jaschek sein Versprechen nicht gehalten hatte; und es war einer im Walde totgeschossen worden, und der junge Herr, der immer so gültig gegen Kascha gewesen war, und der ihr auch den Dienst in der Stadt verschafft hatte, der war verhaftet.

„Kascha, Mädel, wo stehst Du denn?“ rief die Stimme der Mutter unten von der Treppe her. Kascha stand auf und kam die Stufen herab mit schweren, langsamen Schritten. Da wurde die Haustür geöffnet, und der eintretende Jaschek prallte förmlich zurück, als die Stiefmutter ihm zurief: „Die Kascha ist hier! Wo treibst Du Dich herum, daß Du erst jetzt kommst?“

Hinter Jaschek drängte sich noch eine Gestalt durch die Tür.

„Je, und da ist auch die Hanka!“ rief die Frau, „habt Ihr Euch wieder zusammengefunden, Ihr nichtsnütziges Volk?“ Sie sprach laut, damit Kascha, die noch auf der Treppe stand, es höre und nur gleich Bescheid wisse.

„Macht nicht so einen Lärm, Mutter,“ sagte Jaschek, „und schlinnig genug für die Kascha, daß sie gerade jetzt nach Hause kommt; sie wird keine Freude haben über den jungen Herrn!“

„Was werden sie denn mit ihm machen auf dem Gericht?“ fragte die Frau.

„Der andere ist ja nicht ganz tot,“ mischte Hanka sich ein, „da werden sie es nicht so schlimm

Kascha.

Von M. v. Reichenberg.

(Fortsetzung.)

„Was,“ hatte er gesagt, „mein Großvater war Förster so viele Jahre hindurch, und ich werde nicht in den Wald gehen dürfen?“

Das alte Gewehr wurde hervorgeholt und gereinigt und — ab und zu brachte Jaschek für Kascha ein buntes Tuch, eine seidene Schürze oder eine Korallenschur mit, die er nicht von seinem Arbeitslohn bezahlt hatte.

„Sch war beim Nzig“, flüsterte dann Jaschek. Nzig war der „Felljude“ in der nächsten kleinen Stadt, und man konnte bei ihm Reihgehörne und Wildbreten für mäßigen Preis kaufen. Damals hatte Kascha gelacht. Sie fand, daß Jaschek recht hatte; warum sollte er nicht auch einmal einen Reihbock oder einen Hasen schießen? Es gab im Walde ja Wild genug, und sein Großvater war doch Förster gewesen!

Aber als Kascha zum erstenmal aus der Stadt auf Urlaub nach Hause kam, war sie anderer Ansicht geworden. Es hatte einen Wildbretspiegel in Opfern gegeben, und die Wildbide waren zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. „Eine Sünde ist das ja nicht,“ sagte Kascha, „aber die Herren vom Gericht halten es doch dafür, und wenn sie Dich fangen und verurteilen, kannst Du nicht mehr arbeiten, und wenn wir nichts verdienen, können wir nicht heiraten.“ Sie gab nicht nach, bis er ihr versprach, das Gewehr ruben zu lassen. In

machen, besonders wo es doch ein Herr ist, kein gewöhnlicher Mann!“

„Ja, die Herren haben immer was voraus, das wird die Kascha auch wissen,“ meinte Jaschek. Aber kaum hatte er es ausgesprochen, da stand Kascha vor ihm.

„Was willst Du damit sagen?“ rief sie. „Bist Du ein Lügner und Verleumder geworden in den zwei Jahren!“

„Je, Kascha, friß ihn nur nicht und mich dazu,“ rief Hanka.

Da wandte sich Kascha blühschnell gegen die Spottende. „Was willst Du hier? Was habe ich mit Dir zu schaffen?“

„Frag doch den Jaschek, was ich hier zu suchen habe,“ höhnte Hanka. Und die Mutter, die meinte, ihre Tochter Kascha könne jetzt einen ganz anderen Mann bekommen als den Sohn des alten Trunkenboldes Morgawst, setzte hinzu: „Daß sie, Kascha, sie lauft dem Jaschek nach und er ihr, Du bist viel zu gut für den da!“

Jaschek hatte nichts gesagt, nur unterwandt die Kascha angelockt, auf die das Licht des Herdfeuers durch die offene Stubentür fiel. Jetzt verzog er den Mund: „Dein Liebster vom Schloß sitzt im Gefängnis!“

Da lagen die Hände Kaschas schwer und fest auf seinen Schultern. Sie war so groß wie er, aus gleicher Höhe blühten ihre Augen ihn zornig an. „Du weißt, daß Du lügst. Er war nie mein Liebster. Seit zwei Jahren habe ich ihn nie gesehen, und wer vorher mein Liebster war, das weißt Du ganz genau.“ Sie schüttelte ihn an den Schultern. „Sage, daß Du lügst, sofort sage es, oder“ — sie beugte sich an sein Ohr: „Ich war auf dem Boden.“

*) Siehe Nummer 23 der „Buchb. Zeitung“.

4. Quartal 1908 außer Betracht. Aber dort sind schon mehr denn 6000 Mk. freiwillige Extrabeiträge quittiert worden, die das Bild wesentlich verändern. Auf das Verhältnis der einzelnen Zahlstellen zu dem Ertrag der Extrabeiträge kommen wir noch zurück. D. Med.)

Bericht vom 7. Gautag des Gau 6/7.

Abgehalten am 30. Mai 1909 in Lübeck.

(Schluß.)

Nach Wiedereröffnung um 1/2 Uhr spricht Küster über den dritten Punkt der Tagesordnung: „Die Entlohnung im Gau, und wie können wir die Löhne einheitlich regeln.“

Redner führt aus, daß im allgemeinen Fortschritte in Bezug auf Lohnverbesserungen und Arbeitszeitverkürzung im gesamten Beruf zu verzeichnen seien, nicht nur in normalen Zeiten, sondern auch in Krisenjahren. Trotzdem sei noch viel zu erstreben, namentlich stehen die Lohnverhältnisse im Gau in keinem Verhältnis zur Lebensmittelerhöhung, wie ja die gegebenen Berichte gezeigt haben. Die zehnstündige Arbeitszeit ist noch immer vorherrschend und muß vor allen Dingen darauf hingearbeitet werden, die neunstündige Arbeitszeit allgemein einzuführen. Des Redners weitere Ausführungen gipfeln in folgender Resolution des Gauvorstandes:

Der Gautag des Gau 6 und 7 am 30. Mai 1909 zu Lübeck hält die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Orten des Gau 6 für dringend notwendig und bevollmächtigt den Gauvorstand, zu geeigneter Zeit ein Vorgehen auf folgender Basis in die Wege zu leiten.

1. Es ist ein einheitlicher Minimallohn von mindestens 24 Mk. für die kleinen Orte anzustreben.
2. Die tägliche Arbeitszeit soll nicht über neun Stunden betragen.
3. Die Regelung der Sonntags- und Ueberstundenarbeit.
4. Die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges.
5. Wo die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges noch nicht durchführbar sein wird, ist ein Mindestlohn von 12 Mk. bei freier Station zu fordern.

Es bleibt dem Gauvorstand überlassen, zunächst zu versuchen, mit den Kollegen eine Verständigung zu erzielen oder durch ein Rundschreiben an die Arbeitgeber die Forderungen bekanntzugeben.

Inwiefern es angebracht erscheint, die einzelnen Zahlstellen mit zum Vorgehen zu bewegen, wird von den örtlichen Verhältnissen abhängen.

Aus Londern ist ein schriftlicher Antrag eingelaufen, der sich ungefähr mit dieser Resolution deckt. Gefordert wird darin ein zum 1. Oktober 1909 in Kraft tretender Tarif mit folgenden Forderungen: Für Gehilfen 1 Jahr nach der Lehre 20 Mk., im 2. Jahre 21 Mk., im 3. 23 Mk. und dann 24 Mk. —

Er machte sich mit einer heftigen Bewegung los von ihr. „Laß mich zufrieden! Was geht mich das alles an?“ „Was es Dich angeht? Nun, das werden wir ja sehen!“

„Du solltest Dich doch schämen, Kascha; Du siehst ja, daß er nichts von Dir wissen will.“ sagte Hanka, sich dazwischendringend. Kascha sah sie einen Augenblick star an.

„Ja so, Du bist auch da. Und ich frage noch, woher die Verleumdung kommt? O, jetzt weiß ich alles, alles! Erst hat sie Dich betrogen, indem sie mich verleumbet hat, und dann hat sie Dich wieder zum Wilddieb gemacht, und —“

„So schweig doch nur, um der Heiligen Jungfrau willen!“ schrie die Mutter.

„O — o —“ Kascha stürzte an ihnen vorbei und durch die offene Haustür ins Freie. Sie lief in den kleinen Hof, warf sich neben der Mauer, die den Ziehbrennen einfachte, zur Erde, drückte den Kopf an die kühlen Steine und brach in leidenschaftliches Schluchzen aus. Plötzlich hob sie den Kopf. Der Kummer über Jaschel war so wild auf sie hereingebrochen, daß sie darüber alles andere vergessen hatte. Jetzt dachte sie wieder ihres Milchbruders, des jungen Herrn Franz. Als Kinder hatten sie zusammen gespielt, er, seine Schwester und Kascha, und die gnädige Frau war stets gütig gegen diese gewesen. In jedem Weihnachtsfest hatte sie ihr ein Kleid geschenkt, und der junge Herr und das Fräulein Anchen hatten stets noch etwas dazu gelegt, was Kascha erfreute. Dann hatte die gnädige Frau sie ins Haus genommen und sie alles lernen lassen, — Kascha für den Dienst in der Stadt brauchte. Und nun waren sie alle in großem

Buddenberg = Vant = Wilhelmshaven verspricht sich nicht viel von der Resolution und dem Antrag und glaubt er an keine Möglichkeit der Ausführung derselben.

Kindfleisch = Kiel. Da von den Delegierten kein Widerspruch gegen die Ausführungen Küsters und gegen die Anträge vorliegt, so erkennen die Delegierten damit an, daß die Forderungen wohl berechtigt sind, doch wird es Jahre dauern, diese Forderungen durchzuführen. Im übrigen gibt Redner seine Zustimmung zur Resolution.

Lübbe = Harburg hält die Durchführung für die kleinen Orte sehr schwer. Es müßte etwas Einheitliches über ganz Deutschland geschaffen werden.

Engel = Hamburg-Altona glaubt, daß eine Durchführung der Forderungen mit der Zeit wohl möglich ist. Es liege an den Kollegen selbst. Diese müßten dazu gebracht werden, zu fordern und sich nicht einfach mit dem begnügen, was ihnen geboten wird. Wenn die kleinen Unternehmer sehen, daß hinter den Forderungen der Gauvorstand und somit der ganze Verband stehe, so wäre es wohl noch die Frage, ob jene es darauf ankommen ließen. Im Falle einer Bewegung würde es gar nichts schaden, wenn mal ein Stellenwechsel eintrete. Denn viel zu verlieren hätten die Kollegen in den kleinen Orten wohl nicht, im Gegenteil nur zu gewinnen.

Buddenberg und Eiser mann halten die Durchführung nicht für so leicht, da es noch an der nötigen Organisation fehle.

Zimmermann = Lübeck ist auch der Ansicht, daß durch einen Wechsel der Arbeitsstellen eine allgemeine Erhöhung der Löhne eintrete. Diese Beobachtung konnte auch in Lübeck gemacht werden. Im übrigen sind die Kollegen an der niedrigen Entlohnung selbst schuld.

Ziemann = Stavenhagen: Es hält schwer, etwas zu tun, da die Verhältnisse zu traurige seien. Tilsch = Rostock: Um etwas erreichen zu können muß vor allen Dingen auf durchgreifende Organisation Bedacht genommen werden.

Küster führt in seinem Schlußworte aus, daß die Resolution von einigen Kollegen wohl nicht ganz richtig verstanden worden sei, es solle nicht mit einem Male vorgegangen werden, dazu sind die Verhältnisse noch nicht angetan, sondern wir wollen versuchen, die Löhne der Kollegen schrittweise zu verbessern und ihre Lage zu heben. Dazu darf man aber nicht immer mit vielen Wenn und Aber kommen, sondern es muß der gute Wille vorhanden sein, damit mal etwas mehr Leben in den Gau kommt. Die Arbeitszeit muß unbedingt einheitlich geregelt werden.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 4: „Die Arbeitsvermittlung im Gau“ führt Küster folgendes aus: Der Hamburger Arbeitsnachweis floriert seit seinem Bestehen sehr gut, besser wie der dortige Jenningsnachweis. Im Jahre 1907 wurden 356 Stellen besetzt. Im Jahre 1908 461 und zwar waren vorhanden offene Stellen für männliche 168, für weibliche 365. Besetzt wurden 155 männliche und 306 weibliche. Von Gau 6 mit 7 Orten waren im Jahre 1097 18 offene Stellen vorhanden, davon wurden besetzt 17. Im

Kummer im Schloß, und der Herr Franz, der so gut war, sollte einen halbtot geschossen haben. Kascha sprang aus ihrer kauenden Stellung empor. „Das ist nicht wahr!“ sagte sie laut vor sich hin, und bekräftigend wiederholte sie: „Das ist nicht wahr!“ Das Gewehr auf dem Boden fiel ihr ein und das verwilderte Aussehen Jaschels. Langsam ging sie zurück bis zur Hütte und sah durch das Fenster. Da sah Jaschel am Tisch und hatte den Kopf in beide Hände gestützt. Die Schüssel mit Kartoffeln, die die Mutter vor ihn hingeschoben hatte, stand noch unberührt. Am Herd sprach Hanka leise mit der Mutter, die die Hühner suchte und den Kopf schüttelte. Jetzt trat Hanka hinter Jaschel und legte ihre Hand auf seine Schulter. „Sei geschicht, Jaschel, Du weihst doch —“

„Ich weiß, was ich weiß, und was ich zu tun habe.“ schrie er. Das Fenster schloß so schlecht, daß Kascha jedes Wort hörte.

„Nun also, so weihst Du auch, daß wir jetzt zusammengehören, und daß die Kascha fort muß,“ fuhr Hanka fort.

Jaschel antwortete nicht, aber er sah Hanka so böß an, daß Kascha dachte: Er ist ihr nicht gut, sonst könnte er sie nicht so ansehen.

Kascha drückte sich in die Ecke neben dem Ziegenstall, während Hanka, die aufs Schloß zurück mußte, die Hütte verließ. Jaschel ging nicht mit ihr. Er sagte zur Mutter: „Ich bin müde wie ein Hund!“ Und dann ging er die Bodentreppe hinauf. Er schlief dort auf einer Streu.

Die Mutter rief nach Kascha. Aber diese rührte sich nicht. Da ging die Frau auch schlafen. „Die Kascha wird schon zurückkommen; sie hat doch ihre Betten und die goldene Brosche hier,“ murmelte

Jahre 1908 waren in 25 Orten 44 offene Stellen für männliche und 4 für weibliche vorhanden, besetzt wurden davon 35 männliche und 8 weibliche.

Zurzeit besteht in Bremen auch ein Nachweis für Gau 7. Es müßte nun heute entschieden werden, ob es zweckmäßig sei, diesen Arbeitsnachweis weiter bestehen zu lassen, nachdem die Gane 6 und 7 verschmolzen seien. Küster weiß hierbei auf den Antrag Bremen, die Schaffung eines Zentralarbeitsnachweises für Gau 6 und 7 mit wöchentlichem Berichtserstattung, hin. Der Antrag sei annehmbar, wenn der letzte Satz falle. Es führe zu weit, wöchentliche Berichtserstattung einzuführen. Die Mitglieder müßten sich gewöhnen, offene Stellen schneller und genauer zu melden, dann würde auch der zu schaffende Zentralarbeitsnachweis allen Anforderungen gerecht werden können. Bedauerlich sei, daß noch immer so viele Kollegen umschauen gingen, trotzdem jeder Zugereifte davor gewarnt würde.

In der Diskussion spricht Roberg = Bremen zu dem Antrag der Zahlstelle. Derselbe sei eigentlich nicht richtig eingebracht worden. Redner war in der Versammlung, in welcher der Antrag formuliert worden war, nicht anwesend. Der Antrag sollte heißen, einen Zentralarbeitsnachweis zu gründen, die örtlichen Nachweise aber bestehen zu lassen, und diese müßten auf dafür gedruckte Karten wöchentlich Bericht erstatten.

Buddenberg = Vant = Wilhelmshaven spricht gegen den Antrag, er wünscht, daß der Bremer Nachweis für Gau 7 bestehen bleibe.

Eiser mann = Oldenburg macht den Vorschlag, bei Arbeitsvermittlung nach kleinen Orten eine Karte, die Fragen über Lohn- und Arbeitsbedingungen enthalte, vorauszusenden und erst nach Beantwortung derselben die Stelle zu besetzen. Dadurch würde vermieden, daß in der Provinz noch immer einige Kollegen für so niederen Lohn Stellung annehmen. Nachdem noch von Küster und Zimmermann auf das Undurchführbare dieses Vorschlages hingewiesen wird und Zimmermann noch zum Antrag Bremen spricht und Annahme mit Streichung des 2. Passus empfiehlt, wird der Antrag unter Streichung des 2. Teiles einstimmig angenommen.

Zu Punkt 5, Agitation, referiert Kindfleisch = Kiel. Redner führt folgendes aus: Vorträge über Agitation sind schon unzählige gehalten, so daß sich kaum etwas Neues sagen läßt, doch könne auf diesem Gebiete nie genug getan werden. Ob gute Konjunktur, ob Krise, die Agitation dürfe nie erlahmen. Wir müssen die uns Fernstehenden auf die großartigen Leistungen unserer Klassen, hauptsächlich in den Zeiten der Krise, hinweisen, wieviel Not und Elend durch diese gelindert ist, die durch die kolossalen Militär- und Marineausgaben bedingte verkehrte Wirtschaftspolitik hervorgerufen sind. Gerade dieses ist ein Grund, nun erst recht in die Agitation einzutreten und recht viel Kämpfer für uns zu werben. Wir müssen den Ausgelernten und den Fremden die große Anzahl der in der guten Zeit abgeschlossenen Lärise aufmerksam machen und dafür Sorge tragen, daß dieselben in der schlechten Zeit nicht reduziert werden. Darum ist es notwendig, immer zu organisieren und in

sie. Das Leben war zu herb, man konnte nicht über alles seine Gedanken machen.

Kascha wartete. Vielleicht geht er noch mit dem Gewehr in den Wald, dachte sie, vielleicht sucht er mich auch. So oder so — kommen wird er.

Und er kam. Vorsichtig öffnete er die Haustür. Der Mond war jetzt über dem Wald heraufgestiegen. Einen Augenblick stand Jaschel in dem hellen Licht und sah nach dem Walde hin. Kascha bemerkte sofort, daß er das Gewehr nicht hatte. Also suchte er sie.

„Jaschel!“ rief sie leise. Da trat er an ihre Seite. „Es ist gut, daß Du hier bist, Kascha, ich muß Dich sprechen.“

„Und ich Dich, Jaschel.“

Er suchte die Mädeln. „Da ist nicht viel zu sagen. Es muß aus sein zwischen uns, Kascha.“

„Damit Du die Hanka heiraten kannst?“ fragte sie schneidend.

„Ja, auch das; ich muß sie wirklich heiraten, siehst Du.“

„Warum?“

„Weil — weil —“ Er wollte auffahren und heftig werden, sich das Ausfragen verbitten, aber er konnte nicht. Kascha sah ihm so eigen ins Gesicht mit ihren großen, schwarzen Augen, und er mußte daran denken, wie sie als Kinder miteinander über die Dorfstraße gelaufen waren, und wie sie sich später hinter den Haselstauben gefügt hatten. Ihm war wunderbar zumute. Und stark und schön war Kascha geworden, so recht ein Mädel zum Liebhaben, ganz anders als die dürrtige Hanka. Er hätte sich schlagen mögen, daß alles so gekommen war, aber nun konnte er es nicht ändern.

(Schluß folgt.)

der Agitation nicht zu erlahmen. Die Buchdrucker sind durch ihre Tarifabschlüsse von vielen Gewerkschaften bekämpft worden, doch hat sich die Ansicht über Tarifverträge geändert. Auch die Unternehmer hätten die Macht der Tarife erkannt, das beweisen die großen Syndikate usw. Von großem Wert ist die Agitation von Mund zu Mund. Es ist auf die Leistungen der Gewerkschaften zum Vergleich gegen die geradezu krautig zu nennenden staatlichen Unterstützungen wie Alters- und Invalidenunterstützung hinzuweisen. Redner verbreitet sich noch über Art und Weise der Agitation im allgemeinen. Diskussion findet nicht statt.

Sodann wird beschlossen, den Delegierten 8 Mk. Diäten und Fahrgehalt 3. Klasse zu gewähren. Des weiteren liegt ein Antrag vor, den nächsten Gautag in Bremen abzuhalten. Nach kurzer Debatte wird beschlossen, dem Antrag der Bremer zuzustimmen, da in Anbetracht der dortigen Organisationsverhältnisse die Abhaltung eines Gautages in Bremen von großem agitatorischen Wert sein könnte.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: „Allgemeine Verbandsangelegenheiten“ gibt Küster eine Aufklärung über die Berechnung der Agitationskosten auf Rechnung der Verbandskasse, da die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse unter die Abrechnung der Bezirksleiter fallen. Der R.-R. habe nun um Uebernahme eines Teiles der Agitationskosten auf die Lokalkasse ersucht, da den Gaumitgliedern ja auch die Anstellung resp. die Tätigkeit des Bezirksleiters zugute komme. Der Gauvorstand empfiehlt daher dem Gautag, zu beschließen: „Die Verwendung der Lokalkassengelder hat entsprechend den Gautagsbeschlüssen von 1905 unter Uebernahme eines Teiles der Agitationsausgaben auf die Gaukasse zu erfolgen.“ Der Gautag erklärt sich mit diesen Ausführungen einverstanden unter Berücksichtigung der Resolution vom Gautag 1905, diese Angelegenheit betreffend und überläßt dem Gauvorstand eine dementsprechende Verwendung der Gelder. Sodann gibt Küster einige Aufklärung über die Ausstellung von Legitimationen zum Zwecke von Unterstützungen und ersucht er die Funktionäre, mit etwas mehr Sorgfalt zu verfahren, um die Mitglieder und den Verband vor eventuellem Schaden zu bewahren. Des weiteren verweist Redner auf das „Handbuch für Bevollmächtigte“ und empfiehlt den Mitgliedern die Anschaffung desselben.

Zimmermann-Lübeck weist auf die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene Extrasteuer hin und bemerkt, daß die Zahlstelle Lübeck eine Urabstimmung auf obligatorische Einführung derselben beanstalten werde. Des weiteren ersucht Redner, den Gauvorstand möglichst zu entlasten. Man solle in den kleinen Zahlstellen sehen, fertig zu werden, ohne gleich den Gauvorstand zu belästigen.

Engel-Hamburg ersucht ebenfalls, dafür wirken zu wollen, daß die Extrasteuer möglichst ertragreich werde und daß allgemein dazu beigetragen werde. Es ist leider eine feststehende Tatsache, daß sich bei freiwilliger Bezahlung eine große Anzahl Kollegen drücken und das Zahlen lieber anderen überlassen. Darum sei in den Zahlstellen auf möglichst obligatorische Einführung zu dringen. Hoeffentlich führe die Zahlstelle Hamburg-Altona die obligatorische Bezahlung ebenfalls ein. Betreffs Entlastung des Gauvorstandes ist Redner entgegen dem Kollegen Zimmermann der Meinung, daß dem Gauvorstand alle Vorkommnisse in den einzelnen Orten gemeldet werden müssen, um den Gauvorstand auf dem Laufenden zu halten. Selbstverständlich dürfe nicht verlangt werden, daß der Gauvorstand stets persönlich erscheinen müsse. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, und ist damit die Tagesordnung erschöpft.

Küster läßt in seinem Schlußwort die Verhandlungen des Gautages kurz Revue passieren und bemerkt er, daß dieser Gautag zum Unterschied von anderen einen sachlichen und würdigen Verlauf genommen habe und ersucht er die Delegierten, die hier empfangenen Anregungen und Eindrücke zu Hause zu verwerten und dafür Sorge zu tragen, daß unsere Organisation immer an Ausdehnung gewinne.

Brunow-Hamburg spricht den Lübecker Kollegen im Namen der Delegierten den Dank für die geschmackvolle Ausschmückung des Saales und für die praktische Arrangierung des Gautages aus. Auch auf diesem Gautag wäre wieder einmal bewiesen, daß Arbeiter ihre Geschäfte in ernster und würdiger Weise erledigen können, was ihnen von anderer Seite oft bestritten werde. Redner ersucht die Anwesenden, in das alte Kampfbild der Arbeiter: „Wohlan, wer Recht und Wahrheit adact“ einzustimmen und schließt mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband den 7. Gautag des Gaues 6 und 7. Schluß 6 Uhr. Engel.

Bericht vom Gautag des Gaues 1.

Abgehalten am 6. Juni in Rathenow.

(Schluß)

Niechenhausen-Vernau berichtet, daß dort außer einer Buchdruckerei lediglich Kleinbetriebe in Betracht kommen. In der Buchdruckerei beträgt der Lohn 23,50 Mk. bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit. Die Arbeitszeit für die Buchdrucker beträgt nur 9 Stunden.

Mehleil-Spremburg. Die Verhältnisse sind tiefertraurig. Die in der Fassablockfabrik inszenierte Lohnbewegung war erfolglos. Die Kollegen, welche die Streikunterstützung empfangen haben, haben der Organisation den Rücken gekehrt. Der Fabrikant will nun absolut keine Verbänder mehr haben. Der Lohn beträgt 17-20 Mk. Letzteren verdient der Werkmeister. Die Löhne für Arbeiterinnen beginnen mit 3 Mk. und steigen bis zu 6 Mk. Die Arbeitszeit ist eine 10stündige.

Gühr-Guben schildert besonders die Verhältnisse einer dortigen Rahmenfabrik. Der Verdienst ist krautig, da an ein regelmäßiges Arbeiten nicht gedacht werden kann. Besonders für Buchbinder, die dort anfangen, fällt es ungemein schwer, einigermaßen zu einem Lohn zu kommen. Es wird wohl die ersten zwei Wochen ein Lohn von 18 Mk. pro Woche bezahlt, dann muß aber Afford gearbeitet werden und sind dann Verdienste von 12-13 Mk. nichts seltenes. In den Gutfabriken sind neben den Kartonmeistern mehrere Hilfsarbeiter beschäftigt, die dem Gutarbeiterverband angehören.

Beese-Neudamm ist nicht unserem Berufe angehörig, sondern Angestellter der Textilindustrie. Er führt aus, daß er sich schon viele Mühe gegeben habe, um unserer Organisation Mitglieder zuzuführen. Er hat persönlich mit den älteren unserer Berufsangehörigen gesprochen, mit denen er bekannt ist, leider scheinen diese dem Organisationsgedanken überhaupt nicht mehr zugänglich zu sein. Die Gewerkschaftsbewegung ist in diesem Ort noch jüngerem Datums. Redner glaubt, wenn der Gauvorstand in Neudamm einmal eine außerordentliche Agitation entfalten würde, die Erfolge nicht ausbleiben würden. Allerdings weniger bei den älteren Arbeitern, als vielmehr bei der heranwachsenden Generation.

In der den Berichten folgenden

Diskussion

führt H. Hoffmann-Berlin aus, daß auf allen Gautagen die Frage über die Schwierigkeiten der Agitation wiederkehren. Wenn keine dauernden Erfolge erzielt werden, so liege das vielfach an den Zahlstellenvorstehenden bzw. Vertrauensleuten der einzelnen Orte. Wer einen Vertrauensposten habe, müsse sich so aufführen, daß die Berufsangehörigen Vertrauen zu ihm haben können. Die von verschiedenen Berichtserfattern geschilderte Lehrlingsausbeutung findet auch in Berlin in großem Maße statt. Die Handwerkskammern mühten einschreiten, die Lehrlingskinder mühten öffentlich an den Pranger gestellt werden mit Hilfe der Arbeitsgenossen.

Stübing-Rathenow: Es ist zu bedauern, wenn die örtlichen Verwaltungsstellen den Gauvorstand nicht auf dem Laufenden erhalten, solche Ortsvorstände leisten außerdem auch nichts in der Agitation. Es ist oft einfach ungläublich, mit welcher Leichtfertigkeit Lehrlinge freigesprochen werden, trotz völlig unzulänglicher Leistungen.

Gerber, Gauvorstand: Daß bei den Lehrlingsprüfungen Schiebungen vorkommen, ist bekannt und begreiflich, wenn man bedenkt, daß in den Prüfungsausschüssen Handwerksmeister sitzen, die die Lehrlingsausbeutung ebenfalls als Spezialität betreiben. Die Kollegen in den Orten, wo Gefängnisarbeit vorkommt, müssen diese beobachten und darüber an den Gau- oder Verbandsvorstand, eventuell an das Verbandsorgan berichten.

Herzog-Berlin: In Neudamm und anderen Orten müßte Hausagitation getrieben werden. Der Verbandsvorstand muß für außerordentliche Agitation mehr Mittel bewilligen.

In seinem

Schlußwort

rezapituliert Lemser die Berichte kurz, faßt die gehörten Beschwerden zusammen und berichtet, daß der Gauvorstand getan habe, was in seinen Kräften stand, um die Agitation zu fördern. Im übrigen in wirksamer Weise zur rechten Zeit eingreifen zu können, sei es notwendig, daß die Zahlstellen und Einzelmitgliedschaften den Gauvorstand von allem unterrichten. Der Gauvorstand sei dann auch in der Lage, vom Verbandsvorstand die nötigen Mittel zu fordern und zu erhalten.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Agitation, ergreift Lemser das Wort. Er führt aus, daß die Agitation nicht schematisch betrieben werden dürfe, sondern den jeweiligen Verhältnissen angepaßt werden müsse. Besondere Vorkommnisse in den einzelnen Werkstätten müssen zur Agitation benutzt werden. Zu empfehlen sei die Hausagitation. Allerdings dürfe man nicht den Mut verlieren, wenn

nicht sofort Erfolge erzielt werden. Was oft dem einen nicht gelinge, gelinge einem anderen. Die Frage: Wie gewinnen wir Mitglieder, sei aber nicht die einzige. Gleich wichtig sei die Erhaltung der Mitglieder. Hier müsse vor allem darauf gesehen werden, den Mitgliedern die Beitragszahlung so leicht als möglich zu machen, sei es durch Hausagitation oder durch allmähentliches Betriebskassieren. Ferner sei wichtig, alles zu versuchen, um den Versammlungsbefuch zu heben, um so die Mitglieder zusammenzubehalten. In den Einzelmitgliedschaften müssen die Vertrauensleute öfters Zusammenkünfte veranstalten, damit die Kollegen miteinander in Fühlung bleiben. Redner legt nachstehende Resolution zur Annahme vor:

„In Anbetracht der hohen Bedeutung, welche die gewerkschaftliche Organisation für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin hat, indem die Gewerkschaften es als vornehmste Aufgabe betrachten, das Existenzniveau der arbeitenden Bevölkerung zu heben und in der Erkenntnis, daß im Bereiche des Gaues 1 noch ein großer Teil unserer Berufsangehörigen der gewerkschaftlichen Organisation fernsteht, erklärt der Geist, daß es die vornehmste Pflicht aller Mitglieder sein muß, an der Gewinnung der uns noch Fernstehenden regen Anteil zu nehmen. Durch Agitation von Mund zu Mund, in der Werkstatt wie im gefelligen Kreise, überall soll jeder einzelne seine Pflicht tun. Der Gauvorstand ist gehalten, mit den Funktionären der einzelnen Orte zur gegebenen Zeit in nähere Verbindung zu treten und die weitgehendste Unterstützung zu geben. Der Gautag sieht in der Werkstatt- bzw. Hausagitation das wirksamste Mittel zur Gewinnung von Mitgliedern. Außerdem soll aber durch Versammlungen, durch allgemein belehrende Vorträge bzw. Vorlesen von Fachliteratur und dergleichen oder durch gefellige Zusammenkünfte der Geist der Zusammengehörigkeit gepflegt werden. Eine weitere Notwendigkeit, um der Fluktuation der Mitglieder zu begegnen, sieht der Gautag darin, das Einzahlen der Beiträge den Mitgliedern so leicht wie möglich zu machen, z. B. durch Einführung von Zahlabenden, Haus- oder Betriebskassieren. Ferner ist der Gautag der Auffassung, daß beim Austrag von Meinungsverschiedenheiten jeder einzelne strengste Objektivität wahren muß, damit die Organisation nicht darunter leidet und den in der Agitation stehenden Funktionären ihr Arbeiten nicht erschwert wird. Durch Annahme dieser Leitlinie verpflichtet sich jeder für deren Durchführung.“

In der Diskussion führt Sailer-Rudenwalde aus, daß es für diejenigen, welche in der Agitation tätig sind, unumgänglich notwendig sei, die politische Arbeiterpresse zu lesen und das darin vorhandene reichhaltige Material für die Agitation geeignetes Material zu sammeln. Wer anderen etwas beibringen wolle, müsse selbst lernen.

Busse-Rathenow schildert des näheren die Hausagitation, die der Zahlstelle einen erfreulichen Zuwachs gebracht hat.

Die von Lemser vorgelegte Resolution findet einstimmige Annahme.

Gerber vom Gauvorstand referiert sodann über die Ergebnisse unserer Statistik. Sie sei Erfüllungsarbeit und infolgedessen nicht so vollkommen, wie es zu wünschen wäre. Bei der Statistik, die der letzte Gautag beschlossen hat, kam es vor allem darauf an, über die Verhältnisse in den Provinzorten Aufklärung zu erhalten, Berlin und seine Vororte sind deshalb nicht mit einbegriffen. Verschiedene Orte haben die Fragebogen mangelhaft ausgefüllt, andere gar nicht. Da, wo keine Verbandsmitglieder waren, hat sich der Gauvorstand an die Parteiorganisationen und Gewerkschaftskartelle gewandt. Die Unterstützung dieser Korporationen blieb jedoch zum Teil aus. Nach 130 Orten sind Fragebogen verhandelt worden, es war jedoch nur von 58 Orten eine brauchbare Statistik zu erhalten, deren Ergebnis den Delegierten in graphischer Darstellung vorliegt. (Auf diese Statistik kommen wir an anderer Stelle noch zurück.)

Der Gauvorstand hat mit dieser Statistik den ersten Versuch gemacht; das Resultat derselben soll den Kollegen in erster Linie als Agitationsmaterial dienen.

Über den nächsten Punkt der Tagesordnung: „Die Arbeitsvermittlung im Gau“ referiert Lemser: Der Gauvorstand hat sich in mehreren Sitzungen mit dieser Angelegenheit beschäftigt, er hat bei anderen Gauvorständen, wo Arbeitsnachweise bestehen, Nachfrage über die Zweckmäßigkeit derselben gehalten und unterschiedliche Antworten bekommen. Wenn ein Nachweis eingezichtet wird, so muß derselbe von den Kollegen in den Provinzorten unterstützt werden, wenn er funktionieren soll. Es ist hierbei notwendig, daß die Kollegen, wenn sie eine Arbeitsstelle aufgeben, dies sofort dem Nachweis mitteilen, sich überhaupt sofort beim Gauvorstand abmelden, damit die Stelle

wieder mit Verbandsmitgliedern besetzt werden kann. Es ist dies nicht möglich, wenn der Nachweis erst vier Wochen nach der Aufgabe der Arbeitsstelle hiervon in Kenntnis gesetzt wird, denn dann ist die Stelle längst anderweitig besetzt, in den meisten Fällen von einem nichtorganisierten Kollegen. Wenn der Arbeitsnachweis richtig funktioniert, ist es sehr wohl möglich, es so einzurichten, daß Kollegen ohne großen Zeitverlust in eine neue Stelle einrücken können.

Die Errichtung eines Arbeitsnachweises wird einstimmig beschlossen.

Es wird nunmehr in die Beratung der vorliegenden Anträge eingetreten. Brandenburg beantragt:

„Der Gautag möge beschließen, zu dem demnächst stattfindenden Verbandstag stellt der Gau 1 den Antrag: Zahlstellen bis 50 Mitglieder behalten 20 Proz. der Beiträge, Zahlstellen über 50 Mitglieder 15 Proz. für lokale Ausgaben.“

Faber begründet denselben mit dem Hinweis, daß bei dem jetzigen Modus den kleinen Zahlstellen zu wenig Gelder zur Verfügung standen, auch wenn sie, wie Brandenburg, Lokalbeiträge erheben. Der Antrag wird abgelehnt.

Der Gauvorstand stellt den Antrag:

„Der Gautag möge beschließen, den Verbandsvorstand aufzufordern, dem nächsten Verbandstage eine Vorlage betr. Aufnahme von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern zu unterbreiten, in welcher unter Zugrundelegung eines 10—15 Pf.-Wochenbeitrages die Lieferung der „Arbeiter-Jugend“ und Leistung der entsprechenden statistischen Unterstützungsätze vorgelesen ist.“

Der Antrag wird, nachdem er von Petermann begründet, von R. Hoffmann-Berlin bekämpft, angenommen.

Rathenow beantragt:

„Der Gautag wolle beschließen, an den Verbandstag den Antrag zu richten, die Arbeitslosenunterstützung mehr auszubauen, und zwar in der Weise, daß auch bei 2 Tage Aussetzen in der Woche Arbeitslosenunterstützung gewährt wird.“

Stübing begründet denselben. Sailer-Ludenwalde hält den Antrag für überflüssig. Nach dem „Handbuch“ gelte Aussetzen, wenn es wegen Arbeitsmangel geschehe, als Arbeitslosigkeit. In Konsequenz dessen sei, nachdem einmal die vorgeschriebene Karenzzeit erledigt sei, jeder Tag der Arbeitslosigkeit wegen Arbeitsmangel als Unterstüzungstag zu rechnen. Im übrigen halte er es im Interesse der Kollegen nicht für klug, wenn wegen kurzer Arbeitslosigkeit die Unterstüzung in Anspruch genommen wird, dadurch erschweren sich die Mitglieder das Aufsteigen in eine höhere Unterstüzungsklasse. Die Ausführungen Sailer's rufen eine lebhafteste Debatte hervor. Von den Berliner Kollegen und auch von den Rathenowern wird gesagt, daß diese Auslegung des Handbuchs dem Statut widerspreche. Arbeitslos sei nur derjenige, welcher direkt entlassen sei, das Handbuch könne nicht maßgebend sein. Andere, z. B. Lemser, gaben Sailer recht. Zum Schluß wird der Antrag dem Verbandsvorstand als Material überwiesen. Angenommen wird der Antrag Rathenow:

„Der Gautag möge beschließen, an den Verbandsvorstand den Antrag zu richten, daß zum Herbst eine Konferenz der Gutisarbeiter und -Arbeiterinnen einberufen wird“

nachdem derselbe durch Köster begründet und von R. Hoffmann als Vorsitzender der Zentralkommission der Gutisarbeiter in längeren Ausführungen unterstützt worden war.

Abgelehnt wird nach längerer Debatte der Antrag Cottbus, den Verbandsvorstand zu ersuchen, die „Gleichheit“ für die weiblichen Mitglieder in größerer Anzahl wie bisher zu liefern. Angenommen wird der Antrag des Gauvorstandes, für die Vertrauenspersonen der Einzelmitgliedschaften einen Leitfaden herauszugeben, nachdem mehrere Abänderungsanträge abgelehnt waren.

Rein-Finstertalbe beantragt: Da für Spremberg und Jossen die Kartellbeiträge aus der Gaukasse entrichtet werden, erhalten die Einzelmitglieder in Finstertalbe die von ihnen bisher aus eigener Tasche bezahlten Kartellbeiträge von der Gaukasse zurückerstattet. Der Antrag findet Annahme.

Beschlossen wird, den nächsten Gautag in Cottbus abzuhalten, nachdem die Potsdamer Kollegen ihren Antrag, den Gautag bei ihnen abzuhalten, zurückgezogen hatten. An den Gautag soll sich ein Ausflug nach dem Spreewald anschließen.

Rein-Finstertalbe gibt den Bericht der Revisionskommission und beantragt er Entlastung des Gauvorstandes, was einstimmig geschieht. Der Gautag ist damit am Schluß seiner Verhandlungen angelangt.

Lemser gibt einen Überblick über die Verhandlungen und über die gefaßten Beschlüsse und hofft, daß dieselben der Organisation und somit der

Kollegenchaft im Gau 1 zum Segen gereichen werden. Gerber-Berlin spricht dem Bureau den Dank des Gautages für seine Mithilfe aus. Leutsch-Berlin dankt den Rathenower Kollegen für den freundlichen Empfang der Delegierten, und dem Gesangsverein „Freier Männerchor“ für seine während der Mittagspause gespendeten Gesangsbeiträge und schließt nach einem kräftigen Schlussspruch den Gautag mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband abends 6 Uhr.

Korrespondenzen.

Deutschland: Gesperrt ist die Firma Samuel Mayer, Hofbuchbinderei, Stuttgart.

Gesperrt ist: Aachen.

Ungarn: Gesperrt sind die Lederwarenfabriken in Raab und Kaschau.

Schweiz: Gesperrt ist die Firma A. B. Feine in Arbon.

Die wirtschaftliche Krise macht es unseren Mitgliedern mehr als je zur Pflicht, vor jedem Stellungswechsel bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuholen. Die bestehenden tariflichen Abmachungen müssen strengstens eingehalten werden, und darum ist es unerlässlich, daß Vorstehendes genau beachtet wird.

Nürnberg-Fürth. Das Personal der Firma Goldschmidt, Kunstankalt Nürnberg (Abteilung Buchbinderei), führt des öfteren Klage über rigorose Behandlung. Dazu kam noch das Bestreben, die ohnehin fargen Löhne hauptsächlich der Arbeiterinnen nicht etwa zu erhöhen, sondern eher noch zu drücken. So wurde unter anderem das Nichten der Platten ganz einfach nicht mehr bezahlt. Indem nun die im Afford beschäftigten Prägerinnen dadurch ganz empfindlich betroffen wurden, so ist es ganz erklärlich, daß sie sich an die zuständige Organisation gewandt haben, um diese Verschlechterung ihres Einkommens abzuwehren. Auf zweimaliges Vorstelligwerden der Ortsfunktionäre war der Inhaber Neu zu keinerlei Konzessionen zu bewegen. Er stellte sich vielmehr auf den Herrinhausstandpunkt. Mit dem Verband wolle er nichts zu tun haben usw. Am Samstag, 12. Juni, reichte nun das gesamte Personal (1 Arbeiter, 13 Arbeiterinnen) einmütig die Kündigung ein. Die Erbitterung war jedoch derartig gestiegen, daß bereits Montag, 14. Juni, die Arbeit niedergelegt wurde. Dieses hatte ohne weiteres zur Folge, daß der Verband nicht mehr ignoriert wurde. Schon Montag früh wandte sich Herr Neu telefonisch an den Bezirksleiter um Regelung der Angelegenheit. Im Laufe des Tages fanden wiederholt Verhandlungen zwischen der Firma und den Verbandsfunktionären statt, die schließlich zu folgenden Zugeständnissen führten:

1. Die durch Nichten der Platten verlorene Zeit wird den im Afford beschäftigten Prägerinnen ersetzt.
2. Im Wochenlohn beschäftigte Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 50 Pf. pro Woche.
3. Humane Behandlung wird zugesichert.
4. Maßregelungen finden nicht statt.

Auf Grund dieser Zugeständnisse wurde die Arbeit am folgenden Tage wieder aufgenommen. Dieser Vorgang beweist deutlich, daß auch in der Zeit wirtschaftlichen Niederganges Verschlechterungen abgewehrt und sogar noch Verbesserungen erzielt werden können. Voraussetzung ist natürlich, daß alle Berufsangehörigen der Organisation angehören.

Wenn man bedenkt, daß die Entschädigung für verlorene Arbeitszeit durch Nichten der Platten usw. durchschnittlich 1,20 M. pro Arbeiterin und Woche beträgt, so kann wohl gesagt werden, daß es gelungen ist, eine ganz erhebliche Verschlechterung abzuwehren. Daß bei dieser Gelegenheit auch einige Verbesserungen erzielt werden konnten, ist nicht weniger erfreulich. Zweifellos hat das einmütige Handeln unserer Kollegen und Kolleginnen recht deutlich bewiesen, wie im großen vorgegangen werden muß, um im allgemeinen menschenwürdige Zustände zu schaffen. Die Kündigung bzw. Arbeitsniederlegung erfolgte kollächtig. Diese muster-gültige Haltung der Streitenden darf wohl allen anderen als Vorbild dienen.

Sehr deutlich lehrt dieser Vorgang aber auch, wie nachteilig das Fehlen eines Tarifvertrages in dieser Branche ist. Ueberall, wo Tarifverträge bestehen, gehören solche Vorkommnisse zu den Seltenheiten, während dort, wo sie nicht vorhanden sind, häufig Differenzen entstehen. Auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den Buchbindereien der Kunstankalten beschäftigt sind, kann es nur eines geben: den Tarifvertrag unter allen Umständen sobald wie möglich zur Einführung zu bringen. Soffentlich trägt dieser kleine Streik dazu bei, die

Berufsangehörigen aufzurütteln, sie der Organisation zuzuführen, damit bald die Möglichkeit gegeben ist, geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen.

Der Konflikt hat aber auch aufs neue bewiesen, daß freiwillig von seiten der Unternehmer auch nicht das geringste zugestanden wird. Sie lassen es vielmehr auf Spitz und Knopf ankommen. Erst wenn gähnende Leere in ihren Betrieben vorhanden ist, sieht man sich bewegen, einzusehen, daß die Arbeiterkraft eben auch ein Recht hat, bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitzureden. Dieses Recht kann aber seitens der Arbeiterkraft nur dann geltend gemacht werden, wenn sie einig und geschlossen aufmarschiert.

Kollegen und Kolleginnen in Nürnberg-Fürth! Müht die Zeit gut aus zur rührigen Agitation! Zieht aus dem kleinen Streik die richtigen Lehren! Agitiert, organisiert unablässig, so daß es in alsbaldiger Zeit möglich wird, ein menschenwürdiges Dasein für alle zu erringen.

Stuttgart. Der Königl. Wirtl. Hofbuchbindermeister S. Mayer empfindet es höchst „unangenehm“, daß über seinen Betrieb die Sperre verhängt wurde. Er beehrt uns darum mit folgendem Anschreiben:

Durch einen Geschäftsfreund wurde mit gestern die letzte Nummer der Buchbinderzeitung zugesandt, und ich finde, daß Sie meine Firma immer noch als „Gesperrt“ aufführen. — Es ist mir diese Handlungsweise höchst auffallend und unangenehm, — denn wie Ihnen wohl bekannt sein wird, bin ich weder Mitglied des hiesigen Meister-Verbands, — noch beschäftige ich auch keine Gesellen welcher dem Arbeiter-Verband angehören. — Deshalb muß ich Sie ersuchen, daß diese Bemerkung über meine Firma in Ihrer Zeitung künftig aufhört, andernfalls ich diese Sache meinem Rechtsanwalt übergebe, daß er dafür sorgen wird, daß es aufhört.

Großachtend
S. Mayer.

Da wir nun aber glauben, daß es unsere Pflicht ist, unsere Mitglieder vor Schaden zu bewahren, deshalb werden wir dem Ersuchen des Herrn Hofbuchbinders nicht entsprechen, sondern nach wie vor seinen Betrieb als für unsere Mitglieder gesperrt bezeichnen, und zwar bis er sich bereit finden läßt, die ortsübliche Arbeitszeit und dito Löhne — also die tariflich festgelegten — anzuerkennen und einzuhalten. Daxan ändert auch die Drohung mit dem Rechtsanwalt nichts.

Berlin. Dem „Vorwärts“ entnehmen wir folgende Notiz: „Billige Arbeitskräfte sucht sich der Buchbindermeister E. Deterling, der in der Jakobikirchstraße 2 eine Kartonagenfabrik betreibt, durch die Einföhrung einer sonst in der Kartonagenbranche nicht üblichen 14tägigen Lehrzeit zu verschaffen. Den allerdings meist sehr jugendlichen Arbeiterinnen werden bei ihrem Eintritt in den Betrieb des Herrn D. die Arbeitsbedingungen in wohl nicht immer klarer Weise mitgeteilt. Die Arbeiterin G. klagte vor dem Generobericht auf Zahlung von 21,50 M. rückständigen Lohns. Bei ihrem Eintritt soll ihr von einer Lehrzeit nichts gesagt worden, hingegen ihr von Anfang an ein Wochenlohn von 9 M. zugesichert worden sein. Der Beklagte will diesen Lohn erst von der dritten Woche ab zugesichert haben, für die 14tägige Lehrzeit sollte Lohn nicht gezahlt werden. Diese Behauptung läßt aber an ihrer Wahrscheinlichkeit dadurch ein, daß der Klägerin anstatt der in drei Wochen als verdient zugegebenen 9 M. nur 5,70 M. in vier Raten gezahlt worden sind. Das Gericht wollte deshalb auch der Klägerin den Eid anvertrauen, was aber, da diese das eidesfähige Alter noch nicht erreicht hatte, nicht angänglich war. So endete die Sache schließlich mit einem Vergleich auf 7 M. Das ist bedauerlich. Der Beklagte hätte ohne weiteres verurteilt werden können, zumal ein Lehrvertrag ohne Zustimmung des Vaters oder sonstigen gesetzlichen Vertreters ungültig ist.

Berlin. Ein schwerer Unfall an der Minervapresse, und zwar innerhalb 4 Wochen der zweite, passierte wiederum bei der Firma Kresslawski, Luxuspapierfabrik in Berlin. Die zwanzig-jährige Prägerin Kühn geriet mit der rechten Hand in die Presse und erlitt erhebliche Quetschungen an den Fingern, wobei zwei Glieder der Finger ganz abgequetscht wurden.

Wir möchten bei diesem traurigen Vorkommnis jedoch nicht unterlassen, nochmals recht eindringlich unseren Kolleginnen zuzurufen: Hand weg von diesen gefährlichen Maschinen, ehe es zu spät ist! Sträube sich jede Kollegin so gut es geht an diesen Schnellpressen zu arbeiten. Ihr aber, die Ihr gezwungen seid, bei dieser gefährlichen Arbeit Euer Brot zu verdienen, hattet auf solche

Preise, die es Euch gestatten, auch bei vorsichtigem Arbeiten einen anständigen Lohn zu erzielen! Ganz besonders sei den Interessenten aber empfohlen, ihren Vertrauenspersonen Mitteilung zu machen, wo solche Majestäten auf zu hohen Gang gestellt sind, die Arbeiterinnen noch angetrieben werden, Affordbreife oder Löhne niedrig sind usw. Es ist hohe Zeit, daß diesen Mißständen durch Anzeige bei den Behörden, öffentliche Kritik usw. energischer als bisher zu Leibe gegangen wird.

Berlin. (Luzuspapierbranche.) Der an anderer Stelle gemeldete Unfall bei der Firma Kreslawsky und unsere an den ersten Unfall geknüpften Bemerkungen, daß durch das bei der Firma herrschende unwürdige Prämien-Lohnsystem solchen Unfällen nur zu sehr Vorhub geleistet wird, haben anscheinend auch den Firmeninhabern zu Bedenken Veranlassung gegeben. Denn einige Tage nach dem letzten Unfall machten sie durch Umlaufzettel bekannt, daß an Stelle des Prämien-Systems der Durchschnitts-Verdienst der letzten Wochen als Lohn begahrt werde. Auch eine Zulage werde, soweit die Betreffenden für würdig befunden werden, gewährt werden. Als Bedenkfuß sollte aber auch ein scharfes Kontrollzettel-System eingeführt werden. Die Beschäftigten lehnten deshalb einstimmig die Unterdrift ab. Dagegen eruchten sie durch den Arbeiterschuß um Zustimmung zu einem von ihnen vorgelegten Tarif, welchem jedoch von den Firmeninhabern nicht entsprochen, vielmehr mit dem brüskierten Bemerkung abgelehnt wurde: entweder das Personal unterschreibt den von der Geschäftsleitung vorgelegten Entwurf oder es bleibt alles beim alten. Die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist infolgedessen eine ziemlich erregte. Eine am Sonntag, den 19. Juni, stattgefundene Werkstubeversammlung faßte nach längerer Debatte bei 121 Anwesenden in geheimer Abstimmung mit 118 Stimmen den Beschluß, zu den äußersten Maßnahmen zu greifen, falls durch die weiteren Verhandlungen, die nimmehr durch die Organisationsvertreter geführt werden sollen, kein größeres Entgegenkommen erzielt wird.

Festgestellt wurde noch in der Versammlung, daß von den angekündigten Lohnzulagen bisher erst eine Kollegin profitiert hat, dagegen anderen, die um die Zulage ersuchten, bedeutet wurde: „Ich will Ihnen die Zulage geben, Sie werden aber sehen, was Sie davon haben!“ Diese und ähnliche Aeußerungen sind nun allerdings wenig geeignet, das „nur zufriedene Personal“, das sich die Geschäftsleitung wünscht, zu erhalten und ist zu hoffen, daß dieselbe es nicht zum äußersten kommen läßt. Auch das Verhalten des Meisters Eckert — eines jener ehemaligen Verbandsmitglieder, die wir neulich an dieser Stelle schilderten — gab zu lebhaften Klagen Veranlassung, was wir einstweilen nur kurz registrieren wollen.

Hemshöhe. Das 25jährige Berufsjubiläum unseres Kassierers Stocker hatte die Kollegen der hiesigen Zahlstelle veranlaßt, vollzählig in unserer Versammlung am Freitag, den 11. Juni, anwesend zu sein. Nächtlich Kollegen hatten sich zusammengefunden, um ihrer Verehrung für den Jubilarsichtbaren Ausdruck zu geben. Auch ehemalige Mitarbeiter und Freunde beglückwünschten ihn zu diesem Tage, und auch seitens der Geschäftsleitung wurde ihm eine ansehnliche Gratifikation überreicht. Unter diesen Umständen muß es um so eigentümlicher berühren, daß Kollegen, die doch jahrelang mit dem Jubilars zusammenarbeiten, sich in einer Weise verhielten, die zu bedauern ist. War es bleiche Furcht vor dem gefürchteten Herrn Werkführer oder hat die werdende Tätigkeit unseres Kassierers ihr Mißfallen in so hohem Grade erregt, daß sie die einfachsten Anspruchsansprüche ignorierten? Es ist zwar nicht schwer, auf die Glückwünsche dieser Nachbarn zu verzichten. Gätte aber nicht dieser Tag Veranlassung sein können, alle in diesem Betriebe Beschäftigten auf einige gemüßigte Stunden zu vereinen? Schöne, von wahrhaft kollegialem Geiste getragene Stunden waren es, die uns noch lange Zeit zusammenhielten, und gar mancher mag im stillen den Wunsch hegen, daß auch dieser Abend dazu beitragen möge, die Kollegen zu immer festerem Zusammenschluß zu führen. Ist dieser erreicht, dann können wir frohen Mutes in die Zukunft blicken.

Stettin. Endlich sind die Kollegen der Firma Hesse land von einem drückenden Alp befreit: der langjährige Werkmeister und Organisationsvernichter H. Strube muß seinen Berliner Pöden und unsere Gaststadt verlassen. Was aber hat Herr Strube durch seine brutale Praktiken erreicht? Das Gegenteil von dem, was er wollte. Heute sind alle Buchbinder und Hilfsarbeiter organisiert. Es geht dem Herrn genau so, wie allen unseren Widersachern, die stets das Böse wollen und doch das Gute schaffen. Allen denen zur Warnung, welche sich irgendwo eingemischt haben und denken: „Ich bin Herr im Hause, die Arbeiter haben nicht zu wachsen.“ Jetzt ist die despotische Herrlichkeit zu Ende. Alle diejenigen,

welche bei J. Hesse land ein Gastspiel gaben — und deren sind's nicht wenige —, werden erstaunt sein. Allerdings, solange der „Ober“, Herr Strube, sein Schutzpatron war, konnte Herr Strube nichts passieren. Die Späken piffen verschiedenes von den Dächern; wir decken den Mantel der Nächstenliebe darüber. Wehe, kam beiden zu Ohren, daß ein organisierter Kollege sich in den Betrieb eingeschmuggelt hatte. Gleich flog derselbe aufs Stragenpflaster. Nun aber suchte sich Herr Strube einen anderen Wirkungskreis. Hoffentlich gelingt ihm nirgends mehr das Schützenverderben der Verbändler.

Hamburg-Altona. Vor Eintritt in die Tagesordnung unserer letzten Versammlung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Mader in der üblichen Weise gelehrt. Alsdann berichtete Frau Blum über den Verlauf des Gaultages in Lübeck. Die Diskussion hierüber wurde auf Wunsch bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zum zweiten Punkt übergehend, begründete der Vorsitzende den Vorschlag des Vorstandes auf obligatorische Einführung der feinerzeit vom Verbandsvorstand ausgedruckten freiwilligen Extrasteuer. Nach kurzer Diskussion, in welcher konstatiert wurde, daß unsere Zahlstelle von den größeren Zahlstellen seither am ungünstigsten mit der Extrasteuer abgesehnt habe, beschloß die Versammlung die Einführung eines monatlichen Obligatoriums. Unter Verschiedenem berichtete der Vorstand über die Gerichtsverhandlung gegen den ehemaligen Kassierer Holz und teilt mit, daß, obwohl das Gericht ihn freisprach, doch der Fehlbetrag bestehen bleibe. Daraus schloß sich eine längere Debatte, die schließlich durch Annahme eines Schlusspantrages ihr Ende fand. Nach Hinweis auf unsere am 1. August stattfindende Dampftour wurde die Versammlung geschlossen.

Dortmund. Eine noble Firma ist die Firma Opitz, vielen Kollegen bekannt durch ständige Injektion im Leoschen Anzeiger. Die Firma, welche höchstens zwei bis drei Kollegen beschäftigten kann, findet in Dortmund und Umgegend so leicht keine Arbeiter mehr und lockt dieselben darum aus allen Wenden des Vaterlandes herbei. Natürlich hält es keiner lange aus, wenn man z. B. hört, wie es jüngst einem Kollegen ging. Derselbe wurde vom Sohn und Schwager des Inhabers nach allen Regeln der Kunst verbauden. Er trug zwei Beulen am Kopfe davon, wovon die eine die Größe eines Zweimarkstückes hatte, die andere 8 Zentimeter Durchmesser und stark blutend war, außerdem war der Knochen eines Zeigefingers verletzt. Die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Wir können infolgedessen die Kollegen nur warnen, bei der Firma Opitz Arbeit anzunehmen.

Rundschau.

Gewerkschaftliche Rundschau. Mit dem bevorstehenden Quartalswechsel verringert sich die Zahl der bestehenden Gewerkschaften wieder um einige. Der Handschuhmacherverband tritt in den Lederarbeiterverband über. Der im 40. Jahrgang erscheinende „Handschuhmacher“, eine der ältesten Verbandszeitschriften, stellt damit sein Erscheinen ein. Weiter vollzieht sich in diesen Tagen der Zusammenschluß der Sattler und der Portefeullier zu einem gemeinsamen Verband. Ueber die einleitenden Schritte zu diesen Vorgängen berichteten wir bereits.

Das Kräftejahr 1908 wurde von den Organisationen der Papier- und Lederindustrie, sowie denen des polygraphischen Gewerbes in den Umständen entsprechend guter Weise überstanden. Die Organisationen der Papier- und Lederindustrie haben zwar um 1316 Mitglieder abgenommen. Der Hauptteil entfällt davon auf die Papaziererei, die einen Rückgang von 635 Mitgliedern aufweist. Ihnen folgen die Sattler, die ihren Verlust auf 346 Personen beziffern und die Portefeullier, die 353 Mitglieder verloren, während die Lederarbeiter den Verlust auf 240 angeben. Der Buchbinderverband als stärkste Organisation der Papier- und Lederindustrie nahm um 258 Personen zu. Insgesamt sind in den genannten Organisationen am Jahresabschluss 1908 48 001 Mitglieder vorhanden gewesen. Die polygraphischen Gewerbe umfassen: die Buchdrucker, Buch- und Schreibereihilfsarbeiter, Lithographen und Stein-drucker, Notensetzer und Klyographen. Von diesen erhöhen die Buchdrucker ihren Mitgliederstand um 2790 auf 56 325, die Lithographen und Stein-drucker um 897 auf 16 836. Hierbei spielen die Photographen, die sich den Stein-druckern im letzten Jahre mit 410 Mitgliedern angeschlossen, eine ausschlaggebende Rolle. Klyographen und Notensetzer blieben in ihrem Bestand gleich, während die Buchdruckereihilfsarbeiter 689 verloren. Im polygraphischen Gewerbe sind organisiert am Ende des Vorjahres 87 603 Personen. Diese Stabilität — trotz Krise — dürfte zu allererst

den guten Ausbau der hier genannten Organisationen zugute gerechnet werden. Außerdem ist das ausgeprägte Tarifverhältnis, in dem diese Verbände ausnahmslos stehen, von Bedeutung auf die Widerstandskraft der Organisation gegen die Krisenwirkungen.

Der Verband der Bildhauer hielt seine Generalversammlung vom 31. Mai bis 4. Juni in Magdeburg ab. Eine Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband wurde abgelehnt. Die Einführung von Staffelbeiträgen wurde nach ziemlich erregter Debatte gleichfalls abgelehnt und ebenso die beantragte Erhebung von Extrasteuern. Beschlossen wurde eine Beitragserhöhung von 75 auf 85 Pf. mit der Einschränkung, daß die unter 21 Mk. pro Woche verdienenden Mitglieder einen Beitrag von 60 Pf. zahlen können. Die Urabstimmung gelangt zu einer besonderen Bedeutung. Es wurde nämlich beschloffen, daß, wenn ein Drittel der Mitglieder eine Auflösung oder eine Verschmelzung des Verbandes mit einer anderen Organisation beantragt, der Vorstand verpflichtet ist, sofort eine Urabstimmung herbeizuführen. Dem nächsten Gewerkschaftskongress soll folgender Antrag unterbreitet werden: „Eine allgemeine Klasse zu gründen, zu der sämtliche Gewerkschaften nach ihrer Mitgliederzahl regelmäßige Beiträge leisten, zwecks Unterstützung der Ausgesperrten solcher Gewerkschaften, die durch Aussperrung anderer Berufe in Mitleidenschaft gezogen werden.“

Der Verbandstag der Gemeindegewerkschafter, der zu Pfingsten in Dresden stattfand, erlöbte in der Resolution des letzten Gewerkschaftskongresses bezüglich der Grenzfreitigkeiten eine Zurücksetzung der staatlichen und städtischen Arbeiter insofern, als er Arbeiter, die in gelehrten Berufen arbeiten, als Mitglieder nicht aufnehmen darf. Der nächste Kongress solle diese Ungerechtigkeit wieder beseitigen. Bezüglich der Beiträge wurde beschloffen, daß dieselben bei einem Lohn bis zu 21 Mk. pro Woche 35 Pf., bei einem solchen über 21 Mk. 40 Pf. betragen sollen.

Die Glasarbeiter tagten nach Pfingsten in Hannover. Eine Resolution, welche der Vorstand vorlegte und begründete, erklärte sich im Prinzip für die Schaffung eines Industrieverbandes der keramischen Branchen. Diese Resolution gelangte mit 49 gegen 27 Stimmen zur Annahme. Mit 58 gegen 3 Stimmen wurde die Einführung der Krankenunterstützung beschloffen und der Beitrag aus diesem Grunde in jeder Klasse um 10 Pf. erhöht.

Einen guten Beweis gegen die vielfach noch verbreiteten und immer wieder auftauchenden Argumente der Gegner von Beitragserhöhungen, daß die Beitragserhöhungen Mitgliedererträge im Gefolge haben, erbracht im laufenden Jahre der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen. Trotz Krise und Beitragserhöhung steigerte dieser Verband seine Mitgliederzahl von 8804 am Jahresabschluss auf 9073 am Schluß des ersten Quartals.

Eine interessante Statistik hat der Verbandsvorstand der Holzarbeiter aufgenommen. Er erforschte die Dauer der Mitgliedschaft seiner Verbandsmitglieder. Die Statistik verzeichnet 117 080 Mitglieder (81,1 Proz.), die bis zu 8 Jahren Mitglied sind. 8 — 10 Jahre Mitglied sind 12 973 (9,0 Proz.) Personen, 10 — 15 Jahre 10 879 (7,5 Proz.), 15 — 20 Jahre 2 847 (2 Proz.), 20 — 25 Jahre 504 (0,4 Proz.) und über 25 Jahre 26 Personen. Zwei von diesen letzten sind bereits im November 1880 Mitglied des Verbandes in seiner damaligen Gestalt geboren. Es wird auch in anderen Verbänden nicht viele geben, die auf eine solche Mitgliedsdauer zurückblicken können.

Ueber die Lohnbewegungen und Kämpfe des Metallarbeiterverbandes berichtet in einer ihrer letzten Nummern die „Metallarbeiterzeitung“. Diese weist darauf hin, daß infolge der ungünstigen Wirtschaftslage der Kampf der Metallarbeiter sich hauptsächlich gegen die geplanten Verschlechterungsversuche der Unternehmer richten mußte. Im 623 (im Vorjahre 1067) Bewegungen waren 69 332 (im Vorjahre 170 182) Personen beteiligt. Es wurden geführt 33 Angriffskreife, 129 Abwehrkriege, 36 Aussperrungen, 191 Angriffsbewegungen ohne Streik und 234 Abwehrbewegungen ohne Arbeitszeiteinstellung. Die Lohnbewegungen erforderten 967 533 Mk. Der Verlust von Arbeitstagen betrug 347 852 Tage und an Arbeitslohn 1 570 074 Mk. Eine Verkürzung der Arbeitszeit trat ein für 6156 Personen mit 10 130 Stunden pro Woche. Lohnerhöhungen wurden erzielt für 9247 Personen im Betrage von 15 022 Mk. pro Woche. Die abgelehnte Arbeitszeitverlängerung betrug für 725 Beteiligte 3258 Stunden pro Woche und die abgelehnte Lohnreduktion für 7915 Beteiligte 22 834 Mk. pro Woche. Außer dieser hat der Verband im ganzen Reich weitere Verbesserungen für seine

Mitglieder errungen und weitere Verschlechterungen abgewehrt.

Der Verband der Schneider und Wäschearbeiter hat im Jahre 1908 insgesamt 98 Tarife abgegeschlossen, die für 106 Orte, 2509 Betriebe und 24 320 Personen Gültigkeit haben. Davon sind neu abgegeschlossen 64 Tarife, erneuert 34 Tarife. Am Jahresluß bestanden 280 mit dem Verband der Schneider und Wäschearbeiter abgelossene Tarife, die sich auf 7773 Betriebe und 69 270 Personen erstrecken. Als Kontrahenten der neuabgegeschlossenen Tarife figurieren in 23 Fällen der Allgemeine deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, in 12 Fällen die Innungen, in 48 Fällen einzelne Firmen und in den übrigen Fällen die sonstigen lokalen Unternehmervereinigungen. In 8 Tarifen ist der Zeitlohn, in 90 Akkordlohn festgelegt. An den neu abgegeschlossenen Tarifen ist die Wäschebranche mit 10 120 Personen beteiligt. Der Verband zählte am Schluß des ersten Quartals 31 178 männliche und 7071 weibliche Mitglieder.

Der christlich-graphische Verband. In einer Mundschauotiz der Nr. 23 kennzeichneten wir in aller Kürze die Geschäftslage des christlich-graphischen Verbandes und beschuldigten dabei die christliche Geschäftsleitung, die eigenen Mitglieder auf das schärfste — angelogen zu haben. Die „Graphische Stimmen“, die sonst keinerlei Gelegenheit vertreiben ließen, um sich ins rechte Licht zu setzen, die alles mögliche und unmögliche aufgriffen, um ihre Existenz zu bekunden, sie sind recht schweigsam geworden seit dieser Zeit. Ihre Leser wissen heute noch nichts davon, was wir damals sagten. Woher wohl die plötzliche Bescheidenheit? Ganz einfach, mit unserer Feststellung haben wir mit rauher Hand auf ein Korruptionsnest hingewiesen. Und um einen Skandal zu vermeiden, schweigt man die ganze Sache tot. Auch die Berichte über die Verbandslage, die den einzelnen Verwaltungsstellen zugehen, sind so wissig gefärbt, daß die Mitglieder keinerlei Ahnung von dem tatsächlichen Stand der Dinge haben. Auch diese „Berichte“ sind nichts anderes als eine einzige große Lüge, mit der man die Mitglieder noch zu halten sucht. Da wird alles in den glühendsten Farben gemalt, trotzdem der „Verband“ durch einen einzigen Streit (Nachen) an den Rand des Bankrotts gebracht wurde. Keine Stunde Arbeitszeitverkürzung, keinen Groschen Lohnzulage hat der Verband im Jahre 1908 seinen Mitgliedern zu verschaffen gewußt. Kaum noch ein Duzend Verwaltungsstellen zählt er, die auch nur das bescheidenste Maß von Lebensfähigkeit in sich haben. Darum sieht er sich auch in die traurige Lage verkehrt, mit seinen Erfolgen zu prahlen, die er im Jahre 1907 errungen haben will. Von 36 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung und von 30 000 Mk. Lohnerhöhung wird da — geschwindelt. Kurz, jedes Wort, das auf jener Seite fällt, ist ein pompöser Schwindel. Auch in ihrem „Versammlungskalender“, den sie regelmäßig in den „Graphische Stimmen“ veröffentlichen, führen sie eine ganze Reihe Namen auf, trotzdem sie in den betreffenden Orten auch nicht ein halbes Duzend Mitglieder haben. Und auf solche christliche Art wird die Deffentlichkeit dupiert.

Genau in der gleichen Art, wie in ihren schriftlichen Veröffentlichungen, so führen sie auch in ihren Versammlungen die Deffentlichkeit irre. Der Verbandsvorstand, der jetzt seine Mindezeit durch die Zahlstellen des Verbandes beendet haben dürfte, hat sich ein ganzes Repertoire von Unwahrheiten zugelegt, die er in seinen „Referaten“ seinen Schäflein zum besten gab. In der verlogensten Weise zog er über die freien Gewerkschaften im allgemeinen, den Buchbinderverband im besonderen her. Davon geben die Berichte in den „Graphische Stimmen“ sowohl als auch die Mitteilungen unserer Mitglieder Kenntnis. Alle Errungenschaften, die der Buchbinderwelt zugute gekommen sind, sind dem christlich-graphischen Verband zu danken, während der Buchbinderverband nichts Besseres zu tun wußte, als ihm Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Das ist der Grundton, auf den seine Ausführungen gestimmt waren. In solch jesuitischer, skrupelloser Weise wird auch den eigenen Mitgliedern gegenüber verfahren, denen man allerlei vormachen muß, um sie bei der Stange zu halten. Und mit solchem Pack muß man sich herumschlagen.

N.-B.-Inserate. In unserer Fachpresse tauchen immer wieder Inserate auf, die sich ausdrücklich nur an Nichtverbänder wenden. Wir eruchen unsere Mitglieder, sich solche — Inseraten sowohl als auch die betreffende Fachpresse — genau zu merken und ihr Verhalten diesen gegenüber einzurichten. Vor allem ist es der „Allgemeine Anzeiger für Buchbinder“, der in letzter Zeit solche N.-B.-Inserate brachte. Daneben finden sich in diesem Blatt noch öfters Inserate, die dem Kost- und Logis-unwesen Rechnung tragen. Beide Inseratarten müssen wir ganz entschieden bekämpfen und wenn

unsere Mitglieder in geeigneter Weise gegen solche Stellung nehmen, dann dürfte es nicht schwer sein, die betreffenden Zeitschriften zur Ablehnung dieser das Interesse der Arbeiter schädigenden Inserate zu zwingen.

Ein Buchbinderkursus, von der Handwerkskammer zu Berlin eingerichtet, begann am 21. Juni. Anschließend an diesen beginnt ein zweiter gleicher Kursus am 5. Juli. Lehrpläne und Aufschlüsse über den Kursus sind von der Handwerkskammer, Neue Friedrichstraße 47 I, welche noch einige Anmeldungen entgegennimmt, erhältlich.

Den Beitritt zum Zentralarbeitsnachweis zum zweiten Male abgelehnt haben die Stadtverordneten in Dresden. Ueber die erste Ablehnung berichteten wir bereits in einer früheren Nummer. Der Stadtverordnetenversammlung war vorgeschlagen worden, dem Beschlusse des Rates zuzustimmen und jährelang 7000 Mk. beizusteuern unter der Voraussetzung, daß den Arbeitgebern nachgewiesen wird, ob der zugewiesene Arbeitsuchende ein streitender Arbeiter ist und wo und seit wann er gestreift hat. Ferner sollen dem Rate 3000 Mk. zur Unterstützung bestehender Arbeitsnachweise zur Verfügung gestellt werden. Als Hauptredner gegen die Vorlage trat der Stadtverordnete Urnack, der Obermeister der Dresdener Buchbinderinnung, hervor. Er behauptete nach der „Dresdener Volksztg.“: Der paritätische Zentralarbeitsnachweis besitze wohl das Vertrauen der Arbeiter, nicht aber das der Arbeitgeber, weshalb nicht zugegeben werden könne, daß für solche Zwecke städtische Gelder angelegt werden. Der Berichterstatter habe unvorsichtigerweise angedeutet, daß bald die Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung folgen könnten, weshalb es angebracht sei, beim Anfang der Sache vorsichtig zu sein. Auch dem Zentralarbeitsnachweis werde es nicht gelingen, die unbeschäftigten Arbeiter in der Großstadt aufs Land hinauszubringen. Lieber hungern die Arbeiter in Dresden, als daß sie offene Stellen auf dem Lande besetzen. Das Recht Arbeit zu geben habe nur derjenige, der für Arbeit Sorge; das sei aber nicht der Zentralarbeitsnachweis, sondern der Arbeitgeber. Deshalb muß dieser auch Herr in Hause sein. Er spreche hier nicht nur für die Handwerker, sondern auch für die Industriellen, deren beide Vertreter heute fehlten. Wundern müsse er sich nur, daß die leider noch so schwache nationale Arbeiterschaft sich so bedingungslos in die Gefolgschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaften begeben, die sicher dafür sorgen würden, daß sie das Heft allein in der Hand haben. Uebrigens sei es dem Arbeiter ja auch egal, ob der Arbeitgeber darüber verbittert ist, daß ihm die Regierung mit solchen Zumutungen kommt.

Eine andere Stellungnahme durfte man von einem so eingeleisteten Zunftmann wohl kaum erwarten. Die guten Leute wissen es nicht besser und alle Mühe, deren engen Horizont zu erweitern, ist vergeblich.

Eine weibliche Gewerbeaufsichtsperson soll jetzt in Schwarzbürg-Mudtschadt angestellt werden. Die Anregung hierzu hat die sozialdemokratische Fraktion gegeben, deren Anträgen die Landtagsmehrheit zustimmte und so die Regierung zwang, einem dringenden Bedürfnis Rechnung zu tragen. Die Anstellung erfolgt in Kürze, nachdem die Bewerbungen bis zum 1. Juli beim Ministerium eingereicht sein müssen.

Von den Zentrumsgewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften leugnen es gegen besseres Wissen bekanntlich beharrlich, „Zentrumsgewerkschaften“ zu sein. So oft man ihnen auch mit Weisungen kommt, sie bernennen rundweg jeden Zusammenhang mit dem Zentrum. Da ist es denn immer gut, wenn man Material zur Hand hat, das man ihnen bei solchen Lügenversuchen um die Ohren schlagen kann. Und im Herbeischaffen solchen Materials sind die Christlichen sehr groß. So hat erst vor wenigen Tagen wieder das Kartell der Köfner christlichen Gewerkschaften ein „geheimtes“ Zirkular an sämtliche katholische Pfarrer in Köln beifand, in dem diese ersucht werden, den christlichen Gewerkschaften Zutreiberdienste zu leisten. Es heißt da u. a.: „Seit einigen Jahren wird nun schon seitens der katholischen Arbeitervereine planmäßig die Gewinnung dieser — in die Großstädte und deren Vororte vom platten Lande — D. N.) Zugiehenden mit Hilfe der Pfarrer für sich erstrebt. Zu dem Zweck wird von den einzelnen Pfarreien den Arbeitervereinen allmonatlich die Liste der zuziehenden Personen bezw. Familien überlassen. Wir halten ein solches Verfahren auch für unsere christlichen Gewerkschaften für ungemein wichtig. Dadurch würden wir in den Stand gesetzt, die Zugiehenden durch unsere Vertrauensmänner auffuchen zu lassen und zu versuchen, sie für unsere Sache zu gewinnen. Viele würden so davon bewahrt, der sozialdemokratischen Agitation

anheim zu fallen, weil sie an unserer Organisation einen starken Rückhalt fänden. Infolgedessen würde das christliche Arbeiterelement eine wesentliche Stärkung erfahren können.“ Dieses Schriftstück gibt nicht nur zu erkennen, daß die christlichen Gewerkschaften mit der katholischen Geistlichkeit Hand in Hand arbeiten, es zeigt auch, daß diese Letztere mit den ihnen von der Polizeibehörde zu ganz anderen, nämlich Steuerezzwecken übermittelten Zugangslisten offensichtlich Mißbrauch treiben. Wir zweifeln nicht daran, daß der Klerus dem Ansuchen des christlichen Kartells entsprechen wird. Aber trotzdem: Zentrumsgewerkschaften gibt es nicht!

Eine wichtige Entscheidung fürs Baugewerbe fällt am 15. Juni das Gewerbegericht in München, die für beide Teile Rechtsgültigkeit hat. Es heißt da:

1. Während der Dauer des Tarifvertrages vom 7. April 1908 ist die Einführung aller einseitigen Zwangsmaßregeln unzulässig, also auch die Schaffung eines Arbeitsnachweises des Unternehmerverbandes, soweit dessen Benützung für das Eingehen eines Arbeitsverhältnisses obligatorisch gemacht wird. Ebenso unzulässig sind alle Sperren, die von den Arbeitgeberorganisationen wegen des Unternehmer-Arbeitsnachweises verhängt werden.

2. Der Unternehmerverband hat das Vermittlungsmonopol seines Arbeitsnachweises und die Verbände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter die deswegen verhängte Sperre jeder Art aufzuheben.

Dieser Schiedsspruch ist für ganz Deutschland von prinzipieller Wichtigkeit, weil außer in München noch in 27 anderen Orten solche einseitige Arbeitsnachweise der Unternehmerverbände existieren.

Der sozialdemokratische Parteitag ist zum 12. September nach Leipzig einberufen. Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: H. Mollenhuth, A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrollenre. Berichterstatter: H. Kadon.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: G. Lebedour.
4. Bericht der Kommission wegen Aenderung des Organisationsstatuts. Berichterstatter: Fr. Ebert.
5. Maifeier. Berichterstatter: H. Fischer.
6. Reichsversicherungsordnung. a) Allgemeine und Krankenversicherung. Berichterstatter: G. Bauer; b) Unfallversicherung. Berichterstatter: Rob. Schmidt; c) Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Berichterstatterin: L. Zieg.
7. Internationaler Kongreß in Kopenhagen. Berichterstatter: Paul Singer.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

ssc. **Krankheitshäufigkeit der verschiedenen Berufe.** Wie es verschiedenartige Berufsrankheiten gibt, so ist auch die Krankheitshäufigkeit in den einzelnen Berufen, je nachdem sie mehr oder weniger schwere Gefahren für die Gesundheit bergen, eine sehr verschiedene. E. Rosenfeld hat an Hand der Berichte der Wiener Genossenschaftskassen aus den Jahren 1892—1902 die durchschnittliche Krankheitshäufigkeit in den verschiedenen Berufen für die einzelnen Altersklassen ermittelt. In den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik teilt nun Dr. Friedr. Pringsing diese Ziffern mit und veröffentlicht im Anschluß daran eine von ihm berechnete Tabelle der „Standard-Morbidity“ der einzelnen Berufe, d. h. der durchschnittlichen Krankheitshäufigkeit, die bei gleicher Alterszusammensetzung aller Berufe zu erwarten wäre. Die größte Krankheitshäufigkeit finden wir danach bei den Küfern, die etwa 1/2mal so oft erkranken als der Durchschnitt aller Berufe. Dann folgen die Seidenfärber, Gießer, Buchdrucker usw. Die ungesundesten Berufe sind die folgenden:

	Auf 100 Berufsangehörige gleichen Alters kommen jährlich Erkrankungen	die allgemeine Stammtafelhäufigkeit = 100 gesetzt
Küfer	51,6	153
Seidenfärber	50,9	151
Gießer	46,6	138
Buchdrucker	45,4	135
Zimmerleute	44,9	133
Schlosser	43,6	129
Fleingewerkschmiede	43,2	127
Mechaniker	39,1	116
Putzmacher	38,8	115
Lithographen	38,4	114
Alle Berufe	33,8	100

Rosenfeld hat aus den betreffenden Krankenlistenberichten auch die Häufigkeit der Tuberkulose-Erkrankungen und der Sterblichkeit an dieser Krank-

Zeit in den einzelnen Berufen berechnet. Wir geben, da es sich hierbei um die wichtigste Volkskrankheit handelt, diese letzten Ziffern auszugeweiht wieder. Von je 1000 Mitgliedern der betreffenden Genossenschaftskrankenkassen starben jährlich an Tuberkulose: Hüftschmiebe 3,5, Wäder 4,6, Mäfer 5,6, Schmiebe 5,7, Zimmerleute 5,8, Schlosser 6,3, Schuhmacher 6,2, Mechaniker 6,6, Maler 7,1, Gießer 7,4, Schreiner 8,6, Buchdrucker 8,8, Seiler 9,7, Maler 10,3, Böttcher 10,4, Spielartenverfertiger 12,4.

Der Weltmarkt im Jahre 1908. Die auf dem Wirtschaftsleben der Völker lastende Krise hat im letzten Jahre einen fast allgemeinen Rückgang der internationalen Handelsbeziehungen zur Folge gehabt. Soweit bis jetzt Angaben vorliegen, betragen in Millionen Mark:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1907	1908	1907	1908
Deutschland . . .	8 600,9	8 180,9	6786,8	6640,6
Großbritannien . .	12 920,8	11 869,1	8524,1	7544,0
Frankreich	4 984,0	4 873,0	4218,0	4477,0
Rußland (11 Mon.) .	1 335,1	1 415,3	1976,0	1842,7
Schweiz	1 349,9	1 269,9	922,3	880,6
Spanien	752,3	767,1	742,6	712,3
Oesterreich	—	—	—	—
Vereinigte Staaten .	5 976,6	4 697,2	8076,6	7362,6
Mexiko	505,4	339,6	526,6	457,3

Fast alle Länder weisen also gegen das Vorjahr einen Rückgang sowohl im Einfuhr- als auch im Ausfuhrhandel auf. Am stärksten ist dieser Rückgang in Mexiko, wo er in der Einfuhr 31 und in der Ausfuhr 13 Proz. beträgt, und in den Vereinigten Staaten, deren Einfuhr sich um 21 Proz. und

deren Ausfuhr sich um 8,8 Proz. verminderte. In Deutschland beträgt das Minus in der Einfuhr 4,9, in der Ausfuhr 1,4 Proz. Die ersten Monate des neuen Jahres weisen für einzelne Länder eine leichte Besserung, für andere dagegen noch eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage auf.

Berlin.

Bekanntmachung für die Buchbinderbranche.

Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß das Sitzungslokal verlegt worden ist. Es tagen beide Kommissionen vom 1. Juli ab im Lokal von G. Baum, Stallschreiberstr. 47 (nicht an der Alexanderstraße), und zwar die Tarifkommission jeden Donnerstag von 1/27 Uhr ab und die Agitationskommission jeden Freitag ebenfalls von 1/27 Uhr ab.

Die Branchenleitung.

Adressenänderungen.

Gaubevollmächtigte.

Gau 13. Gauvorort Mannheim: Dr. Hecht, Ludwigshafen a. Rh., Fahrstr. 3.

Gau 9. Gauvorort Erfurt: R. Thiele, Aldehderstraße 18, pt.

Briefkasten.

D. C. in D. Die Adressenänderung müssen Sie Ihrem Gauvorsitzenden melden, der sie dann nach hier übermittelt. Wenden Sie sich darum an den Kollegen Küster in Hamburg. — W. W. in St. Ihre Annahme ist nicht richtig. Der fragliche Brief wurde mir von Lübeck aus zugefandt und die Notiz

entstand hier. Mit Str. habe ich noch nie Verbindung gehabt. — R. F. in St. Vielleicht in nächster Nummer. Die anderen Sachen leider immer wieder zurück. —

Wichtigstellung. In dem Versammlungsbericht aus Berlin in Nummer 24 der „Buchbinder-Zeitung“ hat sich ein bedauerlicher Fehler eingeschlichen. Es heißt da, daß im Jahre 1908 seitens unseres Verbandes 23 248 Mk. an Lohnerböhlungen für unsere Mitglieder erreicht worden sei. Wie unsere Leser bereits in Nummer 18 in der Besprechung des Jahresberichtes des Verbandsvorstandes nachlesen können, muß es heißen 53 248 Mk.

Literarisches.

Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens. Ein Vortrag, gehalten vor Berliner Arbeitern von Eward Bernstein, ist jetzt in dritter durchgesehener Auflage erschienen. Die kleine Broschüre, die bei vielen Vortragsreisen den Parteigenossen empfohlen wird, ist eine sehr gute Einführung in das Wirtschaftsleben früherer Kulturepochen und deren Weiterentwicklung. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Einteilung der Wirtschaftsformen. — Die Wirtschaft der Urböcker, der Urkommunisten. — Die Wirtschaft der Nomadenböcker. — Die Haus- und Dorfgemeinschaften. — Das Aufkommen der Stadt und der Verkehrswirtschaft. — Die Wirtschaft der alten Kulturnationen. — Die Wirtschaft der Feudalzeit. — Die Wirtschaft des aufkommenden Kapitalismus. — Die Wirtschaft des entwickelten Kapitalismus. — Die Keime der sozialistischen Wirtschaft. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Preis 50 Pf. Vereinsausgabe 20 Pf.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Nllsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Stuttgart.

Unser Mitglied

Karl Bräuninger

ist im Alter von 28 Jahren von seinem langen und schweren Leiden erlöst worden.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle München.

Am 18. Juni verstarb schnell und unerwartet unser langjähriges Mitglied Herr

Hans Reich

Buchbinder, aus Hall, im Alter von 45 Jahren.

Er ruhe in Frieden!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Stuttgart.

Unser mehrjähriges Mitglied die Buchbinderarbeiterin

Friederike Schrapf

aus Stuttgart, ist nach längerer Krankheit im Alter von 32 Jahren gestorben.

Ehre ihrem Andenken!

Der Zahlstellenvorstand.

Unserem werten Kollegen und Vorsitzenden sowie seiner lieben Frau Fräulein **Sophie Lubina** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Kattowitz.

Achtung!

Berlin!

Achtung!

Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr:

Grosse Versammlung

aller in Album-, Mappen- und Galanteriewarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Wie können wir den ungünstigen Einflüssen der wirtschaftlichen Krise auf unser Erwerbaleben begegnen und wollen die Kollegen und Kolleginnen diesbezügliche Schritte unternehmen? 3. Wahlen. 4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines Jeden zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Unserem lieben Kollegen und Mitbegründer der Zahlstelle

Josef Maier

zu seiner Abreise von hier ein herzliches Lebewohl!

Die Zahlstelle Bochum.

Berlin.

Die Bibliothek der Zahlstelle bleibt zwecks Inventur vom 1. Juli ab auf 4 Wochen geschlossen. Sämtliche ausgeliehenen Bücher sind darum bis zum 29. Juni zurückzuliefern. Die Bibliothekskommission.

Geübter Passepartoutschneider

für gutlohnende Massen-Arbeit zum sofortigen Antritt nach Leipzig gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften unter **P. 8286** an Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig.

Dank.

Allen Zahlstellen sowie den einzelnen Kollegen, die an unserem 25 jährigen Jubiläum durch Glückwunschsreiben und Telegramme unserer gedachten, ebenfalls denjenigen, die uns mit ihrem Besuche beehrten, ferner dem Kollegen Kloth für seine beifällig aufgenommene Festrede unseren aufrichtigsten Dank

Zahlstelle Erfurt.

Tüchtigem Buchbinder

und Passepartoutarbeiter bietet sich sichere Existenz durch Uebernahme einer seit 50 Jahren bestehenden Buchbinderei und kleinen Buchdruckerei, Werkstatt photographischer Kartons. Preis 4000 Mk. Eventuell Anzahlung. Zu erfragen bei **J. Bandlow, Rentier, Stettin, Poststraße 43 II.**

2 junge tüchtige Buchbinder

gegen guten Lohn sofort gesucht. Aktien-Gesellschaft für Tapetenfabrikation zu Nordhausen.

Buchbinderei mit Schreibwarengeschäft verbunden, gut mit Maschinen und Vergoldwerkzeug eingerichtet, ist Verhältnisse halber sehr billig (800 Mk.) zu verkaufen. Offert. unt. „Buchbinderei“, Augsburg, Post V, postlag.

Der neue Lohn-Tarif

für Buchbinder-
::: Arbeiten :::

Preis für Mitglieder 0,85 M. inkl. Porto, für Nichtmitglieder 3 M.

Separatauszug für Mädchenarbeiten

Preis für Mitglieder 0,25 M. für Nichtmitglieder 0,50 M.

Diese Tarife sind zu beziehen durch die Exp. der Buchbinder-Zeitung gegen Voreinsendung des Betrages.



Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig